



Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 496

Einwohnerratssitzung vom Montag, 03. Mai 2021, 19.00 Uhr im KUSPO

Anwesend	37/38/39 6	Personen des Einwohnerrates Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Claude Weisskopf Gemeinderat: GP Stephan Burgunder	
Vorsitz	Urs Baumann	
Protokoll	Ulrike Schmid	
Weibeldienst	Martin Suter	

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1.	Ersatzwahl für die Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode bis 30. Juni 2024: Andrea Nägelin, U/G, anstelle von Franziska Senn	3277
2.	Quartierplanung Zentrale – 2. Lesung	3235
3.	Bericht der GPK zum Geschäftsbericht 2019	3267
4.	Teilrevision des Reglements über die Hundehaltung - 1. Lesung	3255
5.	Teilrevision des Personalreglements (Vaterschafts- und Betreuungsurlaub) - 1. Lesung	3259
6.	Beantwortung Interpellation, SP, Simon Käch, Bauboom und Wachstum im Eiltempo	3256
7.	Beantwortung Interpellation, SP, Simon Käch, Sichere Radrouten	3257
8.	Ruftaxi an Hanglage: Berichterstattung nach einjährigem Testbetrieb	3152
9.	Postulat, SVP, Urs Schneider, Widerspruch im Zonenreglement Siedlung	3253
10.	Postulat, SVP, Urs Schneider, Nachhaltiges Pratteln „Begrünte Flachdächer“	3254

11.	Motion, SP, Mauro Pavan, Transparente Politik-Finanzierung	3262
12.	Beantwortung Postulat, FDP-Fraktion, Stefan Löw, «Prattler Dorfkerngestaltung»	2495
13.	Beantwortung Postulat, FDP, Paul Dalcher, Umgestaltung des Grossmattschulhausplatzes	3203
14.	Beantwortung Interpellation, parteilos, Paul Dalcher, Kunstwerke im öffentlichen Raum	3272
15.	Beantwortung Interpellation, U/G, Benedikt Schmidt, QP Blözenmatt	3276
16.	Postulat, BPK, 3-fach Turnhalle im QP Zentrale	3263
17.	Motion, U/G, Benedikt Schmidt, Einführung einer Mehrwertabgabe	3264
18.	Postulat, SVP, Simone Schaub, Kostenangaben zu Vorstössen des Einwohnerrates	3265
19.	Fragestunde	496

Begrüssung

Urs Baumann: Ich begrüsse sie recht herzlich zur 496. Sitzung des Einwohnerrates. Wir kommen zum Appell.

Präsenz

Es sind zurzeit 37 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 19, das 2/3 Mehr 25 Stimmen.

Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

Urs Baumann: Der Bericht 2020 des Wahlbüros liegt als Tischvorlage zur Kenntnisnahme auf. Mit Beschluss vom 11. Mai 2020 hat der Einwohnerrat die Initiative «Salina Raurica Ost bleibt grün» mit 22 Ja- zu 8 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen für ungültig erklärt. Gegen diesen Beschluss wurde Beschwerde erhoben, welche am 20. April 2021 vom Regierungsrat abgewiesen worden ist. Heute ist gegen diesen Beschluss des Regierungsrates Beschwerde beim Kantonsgericht eingereicht worden. Das wird uns also noch ein bisschen beschäftigen.

Mitteilung des Gemeinderates

GR Urs Hess: Ihr seht alle, dass unser Gemeindepräsident nicht anwesend ist. Er ist nach einer gelungenen Tumoroperation noch im Spital und ist auf dem Weg zur Besserung und braucht jetzt noch Ruhe und Erholung. Ich bitte euch, das zu respektieren. Von hier aus wünschen wir ihm selbstverständlich alles Gute und gute Besserung.

Neue parlamentarische Vorstösse

- Dringliche Interpellation, Erhaltung des direkten Fahrwegs von Längi/Salina Raurica via Sandgruben ins Ortszentrum Pratteln
Kurt Lanz, SP – Didier Pflirter, FDP – Christoph Zwahlen, U/G, Fredi Wiesner, SVP

- Postulat, U/G, Billie Grether, Ausbau der familienergänzenden Betreuung in unmittelbarer Nähe der Schule

Bereinigung Geschäftsverzeichnis

Es liegt ein Antrag von Paul Dalcher vor zur Änderung der Reihenfolge des Geschäftsverzeichnisses:

Paul Dalcher: Ich habe einen Ordnungsantrag betreffend dem Geschäftsverzeichnis von heute und lautet wie folgt: Die Beratung und Beschlussfassung über das Geschäft 3264, Traktandum 17, Motion betreffend der Einführung einer Mehrwertabgabe, ist zeitlich vor dem Geschäft Nummer 3235, also Quartierplanung Zentrale anzusetzen.

Es geht darum, dass wir eine Gleichbehandlung machen von allfällig mehrwertabgabepflichtigen Grundstückseigentümer. Sollte nämlich der Einwohnerrat heute die Quartierplanung Zentrale in der Schlussabstimmung gutheissen und zugleich die Motion überweisen, welche den Gemeinderat verpflichtet, ein entsprechendes Reglement vorzulegen, so wäre der Tatbestand von Willkür respektive Bevorteilung von einzelnen Grundstücksgewinnen nicht von der Hand zu weisen. Das Szenario beinhaltet sehr grosse Gefahren, es untergräbt auch das Primat von der Rechtsgleichheit, lädt zum Beschwerdeweg ein und ruft konsequenterweise nach dem Erlass von Planungszonen nach RBG § 53. Also Planungszonen für alle, mindestens für alle auf der Motion aufgeführten, bevorstehenden Quartierplanverfahren. Ich bitte sie doch, dass wir klare Voraussetzungen geben, dass wir zuerst über die Motion Planungsmehrwertabgaben beraten und beschliessen und anschliessend dann auf die Quartierplanung Zentrale eingehen.

GR Philipp Schoch: Der Gemeinderat möchte sich nicht dazu äussern, in welcher Reihenfolge die Einwohnerratsgeschäfte diskutiert werden sollen, sondern nur kurz ein inhaltlicher Punkt: Wir leben das heute in Pratteln schon so, das heisst die Infrastrukturbeiträge werden bei jedem Projekt eingetrieben, das funktioniert eigentlich auch sehr gut. Es ist natürlich schon so, dass die gesetzliche Grundlage ein bisschen wacklig ist, aber es funktioniert. Das ist auch bei der Zentrale, Bredella, Hiag und Blözenmatt so. Wir haben überall diese Infrastrukturbeiträge verhandelt oder sind noch daran am Verhandeln. Das funktioniert tiptopp. Also man muss jetzt nicht heute irgendwie die Geschäfte auf den Kopf stellen, damit es dann bei der Zentrale auch funktioniert. Ich kann euch versichern, das funktioniert jetzt schon bei der Zentrale. Wir müssen heute nicht zuerst irgendetwas anderes machen. Ausserdem ist der Kanton daran, die gesetzlichen Grundlagen zu erarbeiten. Es bringt nichts, wenn wir hier in Pratteln jetzt schon irgendetwas anderes über das Bein brechen. Die Gesetzeslage ist nicht so ganz trivial. Darum ist es sicher richtig, wenn wir hier dem Kanton folgen. Also, sie müssen heute die Geschäftsordnung nicht umstellen.

Benedikt Schmidt: Es freut mich natürlich, wenn meine Motion vorgezogen werden soll, aber ich glaube, es ist nicht wirklich notwendig. Auch wenn wir diese Motion heute überweisen, hat der Gemeinderat ja ein Jahr Zeit, um solch eine Mehrwertabgabe einzuführen. Es ist also nicht so, dass ab heute dann sofort mit der Überweisung so ein System eingeführt würde. Wie es Gemeinderat Philipp Schoch auch ganz klar gesagt hat, es ist jetzt schon so, dass es Infrastrukturbeiträge gibt, die erhoben werden. Es geht eigentlich mehr darum, eine bessere gesetzliche Grundlage zu schaffen für das ganze System. Die Bedenken, die Paul Dalcher geäussert hat, glaube ich nicht, dass diese wirklich stichhaltig sind. Wir können die Traktandenliste so lassen wie sie ist.

Abstimmung über den Antrag von Paul Dalcher

Der Rat lehnt mit 26 Nein- zu 5 Ja-Stimmen bei 6 Enthaltungen den Antrag ab.

://: Die Beratung und Beschlussfassung des Geschäfts Nr. 3264, Traktandum 17, Motion betreffend der Einführung einer Mehrwertabgabe, ist zeitlich vor Geschäft Nr. 3235 (QP Zentrale, 2. Lesung) anzusetzen.

Didier Pfrter: Die dringliche Interpellation für die Erhaltung vom direkten Fahrweg zwischen der Längi, Salina Raurica via Sandgrube ins Ortszentrum von Pratteln. Wir vier Vertreter von allen vier Einwohnerratsfraktionen in der Planungskommission Salina Raurica, haben das Anliegen mehrfach in dieser Planungskommission vorgebracht, aber keine klare Antwort von den Vertretern aus der Gemeindeverwaltung erhalten. Es geht uns nicht darum, jetzt im Moment irgendetwas am Regime für diesen Weg zu ändern, sondern nur zu verhindern, dass Tatsachen geschaffen werden, die künftige Änderungen allenfalls verhindern. Im Moment fährt die Feuerwehr und Bauern dort durch. Vorhin hat man mir gesagt die Spitex geht sechs bis siebenmal am Tag in die Längi und diese wären auch froh, wenn sie durchfahren könnten. Es gibt die Idee, dass dort vielleicht einmal kein Spazierweg mehr ist, sondern alles überbaut. Das könnte man für die Bewohner von Salina Raurica und der Längi öffnen. Da sind wir uns aber auch unter den Initianten nicht einig und um das geht es heute nicht. Es geht nur darum, dass man die Möglichkeiten alle offen behält, das heisst, den Status Quo wie er war, bevor man die Rheinstrasse verlegt hat, wiederherstellt. Nach den Bauarbeiten im Moment, ist die Strasse ja abgerissen und darum eben auch die Dringlichkeit. Es ist bereits abgerissen, die Rheinstrasse wird jetzt dort bereits gebaut. Wir wissen nicht, wie schnell dort dann gehandelt wird und wir wollen einfach nicht zu spät kommen mit unserem Anliegen.

GR Urs Hess: Der Gemeinderat möchte diese Interpellation nicht als dringlich entgegennehmen. Denkt daran, diese Baustelle dauert noch etwa anderthalb Jahre und ich glaube, wenn man sie auf dem ordentlichen Weg macht, in Anbetracht der heutigen Traktandenliste, dann reicht das immer noch, längstens.

Abstimmung zur Dringlichkeit

://: Mit 23 Ja- zu 7 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen ist die Dringlichkeit abgelehnt.
(2/3 Mehrheit)

Beschlüsse

1. Nr. 3277

Ersatzwahl für die Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode bis 30. Juni 2024: Andrea Nägelin, U/G, anstelle von Franziska Senn

Keine weitere Wortmeldung es folgt die Abstimmung

://: Der Rat wählt in stiller Wahl Andrea Nägelin U/G.

2. Nr. 3235

Quartierplanung Zentrale – 2. Lesung

Urs Baumann: Auf dem Referentenplatz nimmt der Vizepräsident der Bau- und Planungskommission, Fredi Wiesner, Platz. Für den Gemeinderat nimmt GR Philipp Schoch Stellung. Es liegt ein Antrag von Paul Dalcher vor, den müsste man bei § 7 stellen. Wir kommen zur Lesung.

Lesung

§ 1 Gesamtkonzept

§ 2 Zweck und Ziele

§ 3 Geltungsbereich und Inhalt

§ 4 Art der baulichen Nutzung

§ 5 Mass der baulichen Nutzung

§ 6 Baubereiche, Gebäudehöhen *Keine Wortmeldungen*

§ 7 Bestehende Gebäude

Paul Dalcher: Ich bin eigentlich erst zur Feder gegangen, um den Rückkommensantrag zu schreiben, als ich noch einmal das letzte Tonprotokoll studiert habe und auch die Aussage von Gemeinderat Philipp Schoch. Es ging dort darum, bezüglich Gefahrensituation fürs Senevita, für Leute, die im Senevita wohnen. Ich habe das bereits angesprochen vor einem Monat, dort hat er gesagt und das kann man abhören, handelt es sich ausschliesslich um Nebenräume. Ich ging dann auf die Homepage vom Senevita und habe einen Screenshot gemacht. Diesen kann man auf meiner Begründung sehen. Ich finde es einfach ein bisschen problematisch, wenn vom Gemeinderatstisch solche Äusserungen gemacht werden, die dann nicht ganz der Wahrheit standhalten. Es ist auch noch geschrieben und gesagt worden, dass der durchgehende Riegel, dort ununterbrochen bestehen muss. Es ist nicht möglich, einen Korridor zu machen, so wie das vis-à-vis im Senevita gemacht werden konnte. Ich frage mich halt auch noch, warum würde es dann vielleicht später beim Bredella gehen? Dort hat es nämlich vier so Einfahrtskorridore, welche im 90 Grad Winkel zum Gleis ins Areal hineingehen und genau das, was man dort nicht machen will, könnte man später einmal bei Bredella machen. Damit bin ich nicht ganz einverstanden.

Deshalb bin ich der Meinung, ich möchte nochmals auf meinen Antrag zurückkommen, dass man beim mittleren Teil, also Gebäude A, den Anbau entfernen würde und dort die Lücken machen, damit es wirklich auch für die Allgemeinheit einen gewissen Mehrwert gibt als einfach nur so, mit einem unschönen Riegel vorne und hintendran eine sehr verdichtete Bauweise, welche je nachdem sogar noch etwas Ghetto-Geschmack beinhaltet. Ich möchte einfach sagen, gehen wir doch noch einmal über die Bücher und schauen das ganze schöne Haus, das interessante Haus an und stellen es frei. Jetzt können wir das noch einhandeln mit der Bauherrschaft und ich glaube, das wäre ein guter Beschluss, den wir hier könnten, und von mir aus gesehen, fassen müssten.

GR Philipp Schoch: Lieber Paul Dalcher, ich entschuldige mich, nicht nur bei dir, sondern beim ganzen Einwohnerrat für die unpräzise Aussage, die ich gemacht habe. Danke für die Präzisierung. Du hast sicher recht, wenn du das so festgestellt hast. Das habe ich so in dieser Präzisierung nicht gewusst, man darf immer schlauer werden. Es ging mir aber um etwas anderes bei diesem Beispiel Senevita, das ist ja schon gebaut, darüber müssen wir jetzt nicht mehr diskutieren. Man darf auch gescheiter werden, wenn man etwas neu baut und das ist, glaube ich, einleuchtend und für alle klar, dass es einen Riegel braucht, zu etwas, das lärmig ist. Das ist nicht etwas, was der Gemeinderat möchte, sondern das sind sehr strenge Schallschutzvorschriften, die auch in letzter Zeit strenger geworden sind. Strenger geworden, seit damals, als wir das Vierfeld mit dem Senevita gebaut haben. Lärm ist etwas, was ungesund ist, vor allem wenn das dauerhaft ist. Ihr wisst, auf der Bahnlinie geht 24 Stunden etwas und dann ist es sicher richtig, dass wir die neuen Wohngebäude, welche es dort gibt, diese gibt es bis jetzt nicht. Die neuen Wohngebäude, die dort entstehen sollen, das sind viele Wohnungen, ein neues Quartier und diese sollen vom Lärm so gut wie möglich geschützt werden und darum braucht es dort auch eine Art Riegel. Und wenn wir schon ein Gebäude dort haben, wieso soll man das nicht umnutzen können. Das wäre auch ein nachhaltiger Beitrag. Abreissen ist nicht so nachhaltig, wie umnutzen des Gebäudes. Der Gemeinderat lehnt den Antrag ab und ich bitte den Einwohnerrat, dem Gemeinderat zu folgen.

Urs Schneider: Ich persönlich habe wirklich eine gewisse Sympathie mit diesem Antrag. Das Gebäude, welches angebaut wurde an das alte Gebäude, das sieht auch wirklich nach reinem Industriebau aus und passt eigentlich nachher nicht so an das Haus, wie es früher mal war. Es heisst, die Vorschriften seien strenger geworden. Früher ist es gegangen und heute geht es nicht. Man muss gegen den Lärm etwas machen. Aber würde es gehen? Also, wenn es gehen würde, dass man das machen könnte, dann würde ich den Antrag von Paul Dalcher unterstützen.

Abstimmung über den Antrag von Paul Dalcher

Der Antrag von Paul Dalcher, parteilos, wird mit 21 Nein- zu 9 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt.

://: Ergänzung § 7.1, Bestehende Gebäude

Das Gebäude A1 ist mittels Entfernung eines Teils des angebauten Gebäudes von A2 freizustellen und die Ostfassade in den ursprünglichen Zustand zurückzubauen.

Fortsetzung der Lesung

§ 8 Bauweise

§ 9 Qualitätssicherung Baubereiche D1 und D2

§10 Materialien und Gestaltung

§11 Energie-Standard und Erzeugung

§12 Dachflächen, Dachbegrünung

§13 Grundsätze §14 Freiraumbereiche

§15 Erschliessung

§16 Ausmass der Parkierung

§17 Lage der Parkierung

§18 Ver- und Entsorgung

§19 Lärmschutz

§20 Störfall

§21 Vogelschutz

§22 Parzellierung

§23 Etappierung

§24 Quartierplan-Vertrag

§25 Ausnahmen

§26 Schlussbestimmungen *Keine Wortmeldungen*

Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst mit 35 Ja- zu 1 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung:

://: Der Einwohnerrat stimmt der Quartierplanung Zentrale zu und beauftragt den Gemeinderat mit der Durchführung des weiteren Verfahrens gemäss § 31 RBG.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 2. Juni 2021.

3. Nr. 3267

Bericht der GPK zum Geschäftsbericht 2019

Urs Schneider: Es ist nicht ganz normal, dass wir im Mai 2021 den Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2019 behandeln und dafür möchte ich mich persönlich in erster Linie entschuldigen. Wir haben nach den Sommerferien letztes Jahr den Startschuss nicht gerade gemacht. Durch das hinkte man von Anfang an zwei Monate hinterher. Aufgrund von Verschiebungen von Sitzungen und langer Traktandenliste konnten wir das auch letztes Mal nicht behandeln. Die GPK hat den Geschäftsbericht angeschaut und diverse Fragen weitergeleitet an die Verwaltung. Die Fragen wurden allesamt ausführlich beantwortet. Eine normale, gemeinsame Sitzung mit dem Gemeinderat hat dieses Jahr, respektive zu diesem Geschäftsbericht 2019, nicht stattgefunden.

Es ist für die GPK nicht ganz einfach und nicht so wahnsinnig zielführend, wenn wir den Bericht ein halbes Jahr, nachdem er eigentlich in der RPK schon behandelt worden ist, auch nochmals behandeln müssen. Aufgrund dessen hatten wir eine Sitzung mit dem RPK-Präsidenten, mit der Verwaltung und haben dann auch beschlossen, dass wir gerne den Bericht in Zukunft von der RPK, wie auch von der GPK, zusammen zum Geschäftsbericht machen würden. Wenn ihr noch Fragen habt, würde ich sonst noch genauer dazu Stellung nehmen. Wir wollen der

Verwaltung und dem Gemeinderat recht herzlich danken für den Geschäftsbericht 2019 und ich bitte sie, den Bericht der GPK zur Kenntnis zu nehmen und den Antrag 5.2 zu unterstützen.

Petra Ramseier: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen nimmt den GPK-Bericht zur Kenntnis und wir können die Koordination zwischen der GPK und der RPK nur unterstützen. Wir finden das sehr gut.

Simone Schaub: Die SVP-Fraktion dankt auch allen ganz herzlich, die beim GPK-Bericht mitgearbeitet sowie alle Geschäfte überprüft haben. Ich kann mich nur Petra Ramseier anschliessen, auch wir finden das sehr gut und wird sicher zur Effizienz beitragen. Wir unterstützen selbstverständlich den Antrag.

Abstimmung zum Antrag 5.1

://: 5.1 Der Bericht der GPK zum Geschäftsbericht des Gemeinderates sowie der Geschäftsbericht des Gemeinderates an den Einwohnerrat über die Amtsführung im Jahr 2019 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmung zum Antrag 5.2

Der Antrag der GPK wird einstimmig angenommen:

://: 5.2 Die GPK beantragt beim Einwohnerrat, dass zukünftig der Geschäftsbericht, der auch die Jahresrechnung enthält, nach der Präsentation in der RPK, der GPK zur Prüfung zugestellt wird.

4. Nr. 3255

Teilrevision des Reglements über die Hundehaltung - 1. Lesung

GR Stefan Löw: Es geht um einen Paragraphen, den man eigentlich streichen sollte aus dem Reglement, weil dies auf Bundesebene abgeschafft wurde und auf kantonaler Ebene auch. Wir wollen den Vollzug jetzt in der Gemeinde auch so machen und die obligatorischen Hundekurse aus dem Reglement streichen. Das ist eigentlich schon alles, was diese Reglementsänderung beinhaltet.

Fredi Wiesner: Zur Reglementsänderung, die vorliegt, ist eigentlich nichts zu sagen, dem können wir zustimmen. Wir hatten aber gestern noch eine Diskussion und zwar über die sogenannte Hundemarke. Im Reglement steht geschrieben bei § 11 Kennzeichnung: *«Alle Hundehalterinnen und Hundehalter sind verpflichtet, ihre Hunde mit einem Mikrochip zu kennzeichnen.»* Das ist eine Vorschrift und mit dem ist eigentlich ein Hund klar zuzuteilen. Im zweiten Abschnitt, was ich gerne gestrichen hätte, heisst es: *«Bei der Registrierung gibt die Gemeinde ein nummeriertes Dauerkennzeichen ab, welches stets sichtbar am Halsband des Hundes zu tragen ist.»* Das ist im Prinzip eigentlich unnötig. Dann im dritten Abschnitt steht: *«Nicht mehr lesbare oder verlorene Kennzeichen sind innert 10 Tagen zu ersetzen»*, möchte ich auch gerne gestrichen haben und im 4. wäre: *«Das Kennzeichen kann auf einen anderen Hund übertragen werden.»* Im Prinzip braucht es das nicht mehr und meines Wissens nach wird auch mit dieser Kennzeichnung nichts mehr gemacht, sondern hauptsächlich läuft alles über einen Mikrochip. Die ganze Sache kostet die Gemeinde Geld, es braucht Zeit, um das zu machen und für die Hundebesitzer ist es auch etwas, das zum Teil schon gar nicht mehr gebraucht wird. Wenn wir das streichen würden, müsste man auch noch bei § 9 im Register den Absatz streichen: *«...und Nummer des Gemeindegemeindekennzeichens.»* Das heisst, diesen Absatz da müssten wir auch streichen. Ich habe gedacht, ich bringe den Antrag trotzdem noch heute, es gibt noch eine zweite Lesung und dann kann man das dort vom Gemeinderat noch beantworten und dann beschliessen.

GR Stefan Löw: Ich nehme kurz Stellung zum Antrag von Fredi Wiesner. Ich hatte keine Kenntnis von diesem Streichungsantrag bis jetzt. Ich nehme das gerne entgegen und prüfe das, ob das auf Verwaltungsebene so reicht, wenn man die Markierungen nicht mehr braucht. Dann müssen wir uns bewusst sein, um den Chip zu scannen, muss man ein spezielles Gerät haben, dass man einsehen kann, wem der Hund gehört. Mit einer Marke kann jeder natürlich die Nummer ablesen, wenn er einen Hund auffindet und das ist zugeteilt, in welcher Gemeinde er registriert ist und auch mit dieser Nummer kann man eigentlich zuordnen und herausfinden, wem dieser Hund dann auch sein könnte. Dort sind aber natürlich keine Daten oder nur wenige hinterlegt. Wenn man es scannt, hat natürlich die Polizei oder auch der Kanton viel mehr Informationen, das ist auf kantonaler Ebene ganz gut. Ich werde auf der Verwaltung abklären, ob es genügt, wenn wir dies einfach weglassen, wenn wir das wirklich nicht mehr brauchen oder auch gar nicht mehr so einsetzen und in der zweiten Lesung kann ich dazu auch klar Stellung nehmen.

Dieter Stohler: Die FDP-CVP-Fraktion stimmt der Änderung zu und ist für Eintreten. Es ist ja eigentlich bis jetzt nur ein Paragraph und schön, dass man auch mal etwas streichen kann. Das ist nicht so häufig der Fall, wie ihr alle wisst.

Ich hätte bis vor fünf Minuten den Antrag gestellt, auf die zweite Lesung zu verzichten. Das ist ja hier eine ganz einfache Vorlage. Jetzt aufgrund der neuen Idee von Fredi Wiesner daraus eine grössere Teilrevision zu machen und der Bereitschaft von Gemeinderat Stefan Löw, das entgegen zu nehmen und zu prüfen für die zweite Lesung, verzichte ich auf den Antrag, auf die zweite Lesung zu verzichten.

Petra Ramseier: Fredi Wiesner hat gesagt, er stellt den Antrag auf das nächste Mal oder?

Urs Baumann: Wir müssen den Antrag zuerst annehmen, so dass der Gemeinderat einen Auftrag hat.

Abstimmung über die Anträge von Fredi Wiesner für 2. Lesung

Der Antrag von Fredi Wiesner, SVP, wird mit 28 Ja- zu 2 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen:

://: § 9 Register

Die Gemeinde führt ein Register aller auf dem Gemeindegebiet gehaltenen Hunde. Im Register sind Rasse, Geschlecht, Geburtsdatum, Mikrochipnummer und Nummer des Gemeindegemeindekennzeichens sowie Namen und Adresse der Hundehalterin bzw. Hundehalters verzeichnet.

Der Antrag von Fredi Wiesner SVP, wird mit 29 Ja- zu 4 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen:

://: Streichung der Punkte 2,3 und 4 im § 11.

Die 1. Lesung ist abgeschlossen.

5. Nr. 3259

Teilrevision des Personalreglements (Vaterschafts- und Betreuungsurlaub) - 1. Lesung

GR Urs Hess: Es geht eigentlich um die Anpassung des Personalreglements und ein übergeordnetes Recht. Das eine ist der Vaterschaftsurlaub, wo wir alle darüber abgestimmt haben und die Väter jetzt auch zwei Wochen daheim bleiben dürfen, wenn das Kind auf die Welt kommt. Das zweite ist der sogenannte Betreuungsurlaub. Auch der Betreuungsurlaub will man entsprechend der Bundesverordnung anpassen. Dazu ist gerade noch etwas zu erwähnen.

Wenn man den Betreuungsurlaub anschaut, ist das vielleicht im Text nicht ganz so klar zu sehen. Dazu kann ich einfach sagen: Die Rahmenfrist im Betreuungsurlaub ist immer 18 Monate. Also, die 14 Wochen, die man zugute hat für einen Betreuungsurlaub, müssen innerhalb der 18 Monate bezogen werden. Man kann den Betreuungsurlaub allerdings auch Halbtags beziehen, dann heisst das halt einfach 28 Wochen lang einen halben Tag.

Wenn ein Kind nach 18 Monaten immer noch krank ist, dann ist der Anspruch ausgeschöpft. Man bekommt als Arbeitnehmer nicht nochmals 14 Wochen, nicht dass man jedes Jahr 14 Wochen beziehen kann, ausser es handelt sich um einen neuen Fall. Wenn ein Kind nach einer Stabilisierungsphase wieder einen Rückfall hat oder wenn es krank wird, dann ist es an und für sich wieder ein neuer Fall. Ich bitte euch, im Namen des Gemeinderates, dieser Teilrevision zuzustimmen, so wie sie vorliegt.

Jasmine Bosshard: Wir von der SP-Fraktion begrüssen diese Änderung grundsätzlich sehr. Wir fänden es vielleicht für die Zukunft noch begrüssenswert, wenn auch über eine sogenannte Elternzeit nachgedacht wird, statt nur über Mutter- und Vaterschaftsurlaub, was deutlich inklusiver wäre und zudem auch ein Adoptionsurlaub zum Beispiel durchaus wünschenswert wäre.

Andreas Seiler: Die FDP-CVP-Fraktion unterstützt die Vorlage, so wie sie der Gemeinderat dem Einwohnerrat vorgelegt hat.

Billie Grether: Auch die Fraktion der Unabhängigen und Grünen begrüssen diese Revision. Sie ist sicher ein Schritt in die richtige Richtung.

Stephan Ebert: Lange Rede kurzer Sinn: Wir sind bisher alle der Meinung, dass das, was der Gemeinderat uns vorgelegt hat, der richtige Weg ist. Es ist auch eine Umsetzung, die vom Gesetz her verlangt wird. Bis der Gemeinderat Urs Hess uns aufgeklärt hat, war uns nämlich auch unklar, ob der Betreuungsurlaub einmalig oder mehrmalig in Anspruch genommen werden kann, zum Beispiel bei schwerbehinderten Kindern. Die Frage hat er aber beantwortet. Die SVP-Fraktion kann dem Personalreglement zustimmen.

Urs Baumann: Das Büro schlägt vor, auf die 2. Lesung zu verzichten.

Abstimmung Verzicht auf 2. Lesung

://: Mit 31 Ja- zu 3 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen (2/3 Mehrheit) wird auf eine 2. Lesung verzichtet.

Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst mit 37 Ja- bei 1 Enthaltung:

://: Der Teilrevision des Personalreglements wird zugestimmt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 2. Juni 2021.

6. Nr. 3256

Beantwortung Interpellation, SP, Simon Käch, Bauboom und Wachstum im Eiltempo

GR Urs Hess: Die Interpellation umfasst 13 Fragen. Die Beantwortung ist komplex und lässt sich am besten anhand einer Präsentation darstellen:

Das Wachstum der Gemeinde in den letzten 10 Jahren. Die aktuelle Bevölkerungsstatistik von Pratteln zeigt, dass die Bevölkerung im Zeitraum von 1980 bis 2020 gerade einmal 0,2

Prozent im Durchschnitt gewachsen ist. Vergleichbar mit allen umliegenden, grösseren Gemeinden. Die Bevölkerungszahl ist jetzt wieder leicht rückgängig, nachdem die Bevölkerungszahl in den letzten 10 Jahren konstant nach oben ging. Das ist ein Indiz dafür, dass das natürliche Wachstum, welches in der Schweiz schon seit längerem sukzessiv rückgängig ist, nicht mehr ausreicht, dass die Zahl der Geburten die Zahl der Todesfälle nicht übersteigt. Im Gegensatz dazu zeigt aber Kurve der Beschäftigten immer weiter nach oben.

Bauboom im Eiltempo. *Frage 1: Sind die aufgeführten Zahlen in der Interpellation korrekt?* Nein. Die von Simon Käch formulierte Interpellation geht von diesen Zahlen aus. Das ist eindeutig zu viel. Nimmt man nämlich die aktuelle Bevölkerungszahl, würden diese Zahlen einem Bevölkerungswachstum von rund 40 Prozent entsprechen und der in der Interpellation genannte Horizont ist 10 bis 15 Jahre. Auch das stimmt so nicht. Ich werde das auf den nächsten Folien noch begründen.

Wie viele Leute genau in ein Quartier ziehen, ist schwer vorhersehbar. Bei einem Quartierplan wird eine maximale Bruttogeschossfläche definiert, welche eine Obergrenze für die zu Wohn- oder Gewerbe Zwecke verwendbare Fläche darstellt. Aufgrund der erstellten Studienaufträge kann die ungefähre Wohnungszahlen abgeschätzt werden. Die genaue Zahl wird aber erst im Baugesuchsverfahren eruiert. Wir haben euch alle Arealentwicklungen auf einen Blick zusammengestellt.

Salina Raurica: Für Salina Raurica wurde ein Rahmenplan erarbeitet, welcher zurzeit überprüft wird. Der Rahmenplan soll die Grundlage für die nächsten Planungsschritte bilden und die geordnete Überbauung auf lange Sicht ermöglichen. Salina Raurica wird jedoch nicht bereits in 15 Jahren vollständig überbaut sein. In den nächsten 15 bis 20 Jahren ist geplant, eine erste Etappe von rund 550 Wohnungen zu realisieren. Das Gebiet soll bedarfsgerecht entwickelt werden, um Überkapazitäten zu vermeiden. Das heisst, es werden nur so viele Wohnungen erstellt, wie auch wieder abgesetzt werden können. Dies gilt im Übrigen auch für die anderen Areale. Mit einem Gesamtausbau von Salina Raurica wird bis ca. 2060 gerechnet.

Bredella: Die Überbauung Bredella wird in mehrere Quartierpläne aufgeteilt. In einem Masterplan wurde eine mögliche Gesamtüberbauung konzeptionell erarbeitet. Als erste Etappe wird der westliche Teil entwickelt. Beim QP Bredella West gehen wir von rund 400 neuen Wohnungen in den nächsten 10 bis 15 Jahren aus. Für den östlichen Teil wurden noch keine weiteren planerischen Schritte ausgeführt. In welchem zeitlichen Horizont eine vollständige Transformation des Areals erfolgen wird, ist bis heute noch unklar.

Rohner: Das Richtkonzept für die Überbauung Rohner wird derzeit noch erarbeitet. Es kann von rund 400 Wohnungen ausgegangen werden. Allerdings ist vorgesehen, diese in Etappen zu realisieren. Eine vollständige Transformation des Areals wird erst nach 2035 erfolgt sein.

Zentrale: Beim QP Zentrale ist gemäss Richtkonzept mit rund 500 Wohnungen zu rechnen. Diese werden mit hoher Wahrscheinlichkeit bis 2028 realisiert werden. (Medieninfo am 8.3., es gibt auch ein Video über die Überbauung des Areals unter www.hiag.com). Die Vorlage hat der Rat vorhin abgesegnet. Auf die gesamten Jahre hinaus berechnet, ergeben sich etwa folgende Zahlen: Salina Raurica rund 1'150, Bredella, 850, Areal Rohner ungefähr 950, QP Zentrale 1'050.

Bei Arealentwicklungen gehen die Grundeigentümerschaften aus immobilienwirtschaftlichen Überlegungen und Gründen der Marktabsorption von einer schrittweisen Realisierung der Areale aus. Die Planungen werden zeitlich und inhaltlich aufeinander abgestimmt, damit das Wachstum für die Gemeinde verkraftbar bleibt. Statistische Analysen zeigen, dass die durchschnittliche Bautätigkeit in Pratteln der letzten fünf Jahren synchron mit dem Bevölkerungswachstum erfolgte. Die Leerstandsquote ist trotz intensiven Bauens seither nicht gestiegen.

Frage 2: Verfügt der Gemeinderat über eine Bevölkerungsprognose für Pratteln? Nein, das kann er auch nicht. Die Bevölkerungsentwicklung ist von der natürlichen Bevölkerungsentwicklung, der übergeordneten regionalen Entwicklungsdynamik, der regionalen Lage der Gemeinde und den laufenden Entwicklungsvorhaben abhängig. Je kleinräumiger die Betrachtung ist, desto mehr treten Zu-/Wegzüge in den Vordergrund und die natürliche

Bevölkerungsentwicklung in den Hintergrund. Einzelne Bauvorhaben für neue Einwohner/innen gewinnen statistisch an Bedeutung. Daher ist für Pratteln alleine eine Prognose im eigentlichen Sinn daher kaum möglich. Die steigende Bevölkerungszahl widerspiegelt sich auch in Vergleichsstatistiken des Bundesamts für Statistik für Städtische und ländliche Gebiete. Diese Darstellung zeigt, dass vor allem die ländliche Bevölkerungszahl rund um Basel ansteigen wird.

Frage 4: Mit welcher Bevölkerungszunahme rechnet der Gemeinderat gesamt in den nächsten 10 bis 15 Jahren? Gemäss Bundesamt für Statistik liegt die durchschnittliche Belegungsdichte bei Mehrfamilienhäusern bei 2,1 Personen pro Wohnung. Bei der QP Zentrale und Rohner ist somit mit je rund 1'000 Personen zu rechnen. Der QP Bredella West wird rund 850 Personen Platz bieten. Aufgrund dieser Annahmen gehen wir von einem Bevölkerungswachstum von etwa 20 bis 25% in den nächsten 15 Jahren aus. Neben den in Frage 1 aufgeführten grossen Überbauungen sind noch weitere kleinere Quartierpläne in Erarbeitung bzw. werden evtl. in den kommenden Jahren zum Thema. Aufgrund dessen geht man für die nächsten 15 Jahre von einem maximalen Wachstum von 3'500 bis 4'000 Personen aus. Natürlich unter der Voraussetzung, dass die Planungen genehmigt und auch umgesetzt werden. Aus regionaler Sicht profitiert Pratteln von der anhaltenden Attraktivität der Region Basel. Dies spiegelt sich im räumlichen Entwicklungskonzept des Kantons Basel-Landschaft wider. Im Agglomerationsprogramm Basel wurde ermittelt, dass die Bevölkerung im Korridor Hochrhein zwischen 2012 und 2018 um durchschnittlich 0.8% im Jahr gewachsen ist. Es wird davon ausgegangen, dass sich diese Entwicklung fortsetzt.

Frage 5: Welche Auswirkungen hat die geplante Bevölkerungszunahme auf die öffentlichen Infrastrukturen? und Frage 6: Wie viele zusätzliche Schulbauten und Sportanlagen müssen erstellt werden, um den zukünftigen Bedarf zu decken? Die Auswirkungen auf die öffentliche Strassen- und Werkleitungsinfrastruktur wird bei jedem Quartierplan individuell angeschaut. Um die zukünftige Schülerzahl abzuschätzen, wurde eine Schulraumbedarfsplanung erstellt. Diese zeigt auf, dass bei Realisation der Arealentwicklungen und aufgrund des gestiegenen Flächenbedarfs je Schulkind nördlich des Bahnhofs und im Gebiet Salina Raurica der Bau eines Schulhauses inkl. Turnhallen notwendig wird. Ebenfalls wurde in dem Bericht der Bedarf an Kindergärten aufgezeigt. Die Schulraumplanung wird jeweils bei grösseren Quartierplanungen aktualisiert und auch auf geänderte gesetzliche Voraussetzungen aus der Bildungspolitik geprüft. Die bestehenden Infrastrukturbauten wurden auf mögliche Optimierungen geprüft und kurzfristige Schwankungen bei den Schülerzahlen berücksichtigt. Es sind zwei neue Schulbauten sowie fünf neue Turnhallen vorgesehen. Zudem plant der Kanton bei der Erneuerung aufgrund des zukünftigen Schulraumbedarfs eine Erweiterung des Fröschi-Schulhauses auf insgesamt fünf Turnhallen. Damit kann der zukünftige Bedarf auch für die Vereine gedeckt werden.

Frage 7: Wie sollen die neuen benötigten öffentlichen Infrastrukturen finanziert werden? Wir haben es vorher schon einmal gehört von GR Philipp Schoch. Die Investitionen in die neuen zusätzlichen Infrastrukturen werden nicht zeitgleich anfallen. Im AFP der Gemeinde Pratteln werden die Investitionssummen in der 5-Jahresplanung aufgeführt. Die Gemeinde plant die benötigten Infrastrukturbauten schrittweise mit den geplanten Ausbausritten der verschiedenen Quartierentwicklungen zu entwickeln, resp. umzusetzen sowie die jährlichen Investitionskosten konstant abzubilden. Eine plötzliche Vervielfachung der Investitionssumme kann und will die Gemeinde sowohl aus finanziellen Überlegungen als auch aus Sicht der Personalkapazität der Verwaltung nicht anstreben. Ein Teil der Infrastrukturkosten wird im Rahmen der Sondernutzungsplanungen als Infrastrukturbeitrag erhoben. Einzelne Projekte wurden zudem beim Agglomerationsprogramm eingegeben. Eine Beteiligung des Bundes wird frühestens Ende 2022 bekannt gegeben. Im Gebiet Salina Raurica besitzt die Gemeinde eine grössere Fläche Bauland. Der Gemeinderat beabsichtigt dieses im Baurecht abzugeben. Mit dem so erwirtschafteten Baurechtszins kann die notwendige Infrastruktur für die Entwicklung in Salina Raurica mitfinanziert werden. Eine Aufwertung mit den hochwertigen Quartierentwicklungen im Zentrum wird mittelfristig das Steuersubstrat der Gemeinde erhöht. Die Gemeinde ist sich dem schwierigen Spagat zwischen dieser Art «Vorfinanzierung», auch teilweise unter Aufnahme von Fremdkapital, und der Steigerung der Qualität der Gemeinde als attraktiver Wohn- und Arbeitsort bewusst.

Frage 8: Siedlungsentwicklung nach innen und Verichtung an zentralen Orten bedingt auch immer eine Aufwertung des öffentlichen Raums. Sind hier bereits Massnahmen umgesetzt?
Frage 12: Welche Strategien verfolgt der Gemeinderat hinsichtlich der Wohnraumentwicklung?
und Frage 13: Wie soll sichergestellt werden, dass bei Grossprojekten altersdurchmischte Quartiere mit einer angemessenen Anzahl bezahlbarem Wohnraum entsteht? Die Aufwertung des öffentlichen Raums ist ein grosses Anliegen des Gemeinderates und wird jeweils zu Beginn der Planung eingefordert. Straßen, Plätze und Parks bilden die Bühne für soziales, wirtschaftliches und kulturelles Leben. Sie sollen flexibel, offen und für alle zugänglich sein, damit eine vielfältige Nutzung möglich ist. Die Aufwertung des öffentlichen Raums erfolgt an vielen Orten:

1. Die Transformationsgebiete Zentrale, Bredella West und Rohner sind heute Industrie (-branchen). Sie sind zum grossen Teil versiegelt und für die breite Bevölkerung nicht zugänglich. Mit den Quartierplanungen sollen diese Areale für die Bevölkerung geöffnet werden. Dabei wird auf eine attraktive Aussenraumgestaltung sehr viel Wert gelegt.

2. Im Gebiet Salina Raurica wird die zurückgebaute Rheinstrasse in eine Langsamverkehrsachse mit Aufenthaltsmöglichkeiten entlang des Rheins umfunktioniert und es ist ein 2.5 ha grosser Quartierpark zwischen dem Längiquartier und Salina Raurica Ost vorgesehen. Zudem werden weitere öffentliche Flächen geschaffen.

3. Im Budget 2021 ist die Erarbeitung eines Grün- und Freiraumkonzeptes vorgesehen. Dies soll unter anderem Massnahmen zur Aufwertung der bestehenden Anlagen aufzeigen.

Bei Gesprächen mit Investoren wird auf einen möglichst breit angelegten, stabilen und funktionierenden Wohnungsmix Wert gelegt. Im Rahmen des Studienauftrages muss der angestrebte Wohnraummix jeweils dargelegt und erläutert werden. Gerade bei grösseren Überbauungen strebt die Gemeinde als Planungsbehörde auf eine breite Diversifizierung Einfluss zu nehmen oder nimmt sogar Einfluss.

Frage 9: Wurden die Auswirkungen der geplanten Grossprojekte auf den Verkehr im Rahmen einer gesamtheitlichen Betrachtung untersucht? und Frage 10: Falls ja, was sind die Erkenntnisse? Um die Belastung des Strassennetzes abzuschätzen wurde im 2018 das Verkehrsgutachten 2010 angepasst und mit den dannzumal bekannten Entwicklungen ergänzt. Das Verkehrsgutachten wurde mit den kantonalen Fachstellen besprochen und gutgeheissen. Im Rahmen der Quartierplanung ist jeweils in einem separaten Verkehrsgutachten nachzuweisen, dass das Gesamtsystem, aufgrund der geplanten Entwicklung, nicht überlastet wird. Die Erhebungen während der Erarbeitung des Verkehrsgutachten haben gezeigt, dass die Verkehrssituation heute besser ist als vor einigen Jahren prognostiziert und die Knoten mehrheitlich noch Leistungsreserven aufweisen. Mit der Realisation der geplanten Überbauungen werden die Kreisel entlang der Kantonsstrasse jedoch ihre Leistungsgrenzen erreichen, falls keine entschärfenden Massnahmen getroffen werden. Aus diesem Grund beabsichtigt die Gemeinde bei den laufenden Quartierplanungen eine Reduktion der Stammparkplätze mittels Mobilitätsgutachten vorzuschreiben und somit eine Verlagerung auf den LV und ÖV zu fördern.

Frage 11: der AFP sieht vor, dass die neuen Einwohner gut integriert sind. Wie gedenkt der GR dies sicherzustellen? Bereits im Rahmen der städtebaulichen Studienaufträgen für die Arealentwicklungen wurden Soziologen zum Teil beratend beigezogen. Dabei wurde neben der quartierinternen Wohnqualität und Bedürfnissen auch die Eingliederung ins Dorf thematisiert. Im Rahmenplan für Salina Raurica Ost wurde ein Transformationsplan angedacht, welcher sich unter anderem mit diesem Thema beschäftigt und verschiedene Massnahmen vorsieht. Um einen guten Anschluss der neuen Bewohner zu gewährleisten, ist eine gute verkehrliche Anbindung (MIV; ÖV, LV) ins Dorf zentral. Es ist daher von enormer Bedeutung, dass die N-S-Verbindungen für den Langsamverkehr und ÖV verbessert werden.

Abbildung Tram: Seit über 20 Jahren läuft die Planung rund um Salina Raurica. 2009 hatte der Landrat den kantonalen Spezialrichtplan Salina Raurica verabschiedet. Seither ist der

Tramkorridor eingezeichnet. Der Richtplan sieht das Gebiet rund um den Bahnhof als regional bedeutend vor und als vielseitig genutztes Zentrum vor.

Tramverlängerung: Die Verlängerung des 14er-Trams steht in direktem Zusammenhang mit der räumlichen Entwicklung. Von einer sinnvollen Mobilitätsentwicklung mit einem gut vernetzten und möglichst umsteigefreien öffentlichen Personenverkehr profitiert die ganze Region. Verbindungen und Anschlüsse müssen aufeinander abgestimmt sein. Wichtig dabei sind Knotenpunkte, sogenannte zentrale Umsteigezonen, in denen man bequem das Transportmittel wechseln kann. Die neue Haltestelle am Bahnhof wird genau dies ermöglichen. Augst funktioniert neu als Verkehrsdrehscheibe.

Botschaft Tramverlängerung:

- Eine nachhaltige Erschliessung vermeidet zusätzlichen Verkehr
- Das Tram ist umweltfreundlicher, pünktlicher und ökonomischer als der Bus
- Erschliesst das neue Quartier „Pratteln Mitte“ mit dem Zentrum
- bringt den ÖV in das Gebiet „Grüssen“
- Neuer Busbahnhof als Verkehrsdrehscheibe
- Bindet die Längi ans Zentrum an

Simon Käch: Ich danke dem Gemeinderat für die sehr detaillierte und klärende Beantwortung der gestellten Fragen. Ich denke, wir werden zu den einzelnen Themen, die hier aufgeworfen worden sind, noch einiges zu diskutieren haben. An dieser Stelle aber verzichte ich auf die Diskussion.

Die Interpellation ist beantwortet.

Es sind nun 39 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 20, das 2/3 Mehr 26 Stimmen.

7. Nr. 3257

Beantwortung Interpellation, SP, Simon Käch, Sichere Radrouten

GR Urs Hess: *Frage 1: Verfügt die Gemeinde Pratteln über kommunale Radrouten / Radwege?* Das kann man so nicht mit ja beantworten. Wir verfügen über keine kommunalen Radrouten, aber zurzeit wird der Strassennetzplan überarbeitet und im revidierten Strassennetzplan, welcher im Moment in der Entwurfsbearbeitung ist, wurden kommunale Radrouten definiert.

Frage 2: Falls ja, wo verlaufen diese? Geplant sind diverse kommunale Radrouten in West-Ost- und Nord-Süd-Richtung im gesamten Siedlungsgebiet.

Frage 3: Wie beurteilt der Gemeinderat die aktuelle Situation hinsichtlich sicherer Veloverbindungen in der Gemeinde Pratteln? Im Gemeindegebiet Pratteln wurde in den Wohngebieten flächendeckend Tempo 30 ausgeschieden. Das ist eine gute Grundlage für eine optimale Langsamverkehrsvernetzung. Die Veloverbindungen sollten und können verbessert werden. Mit der Revision des Strassennetzplan werden die Achsen von den kommunalen Velorouten festgelegt. Danach sollen Massnahmen geprüft und umgesetzt werden, um die Veloverbindungen sicherer zu gestalten. Auch wird eine Velo- / Fussgängerunterführung anstelle der alten, sanierungsbedürftigen Coop-Passerelle geplant. Mit dieser Unterführung können die Quartiere Zentrale und Neupratteln viel besser mit den Quartieren südlich der SBB verbunden werden. Hier muss ich allerdings eine Anmerkung machen: Wir sind immer noch mit der SBB in Diskussion auch im Zusammenhang mit der Fröschi-Unterführung. Da liegt das Thema nicht beim Gemeinderat, sondern bei der SBB.

Frage 4: Sieht der Gemeinderat Verbesserungspotential im Zusammenhang mit sicheren und gut ausgebauten Radrouten/ Radwegen in Pratteln? Siehe Antwort 3.

Frage 5: In Pratteln sind diverse Arealentwicklungen am Laufen (QP Zentrale, Bredella, Umnutzung Rohner-Areal etc.). Wie gedenkt der Gemeinderat, diese Areale besser an den Langsamverkehr und insbesondere an die kantonalen Radrouten anzubinden? Im Gemeindegebiet Pratteln ist, wie erwähnt, in den Wohngebieten flächendeckend Tempo 30 ausgeschieden. Die Erschliessungsstrassen der bisher gewerblich genutzten Gebiete (QP Zentrale, QP Bredella, Rohnerareal), welche nun transformiert werden, können ebenfalls auf Tempo 30 reduziert werden. Bei den einzelnen Projekten wird jeweils geprüft, wie die Langsamverkehrsverbindung, das sind nicht nur Velos, sondern auch Fussgänger, innerhalb des Areals und mit dem übergeordneten Netz verbessert werden kann. Für die Quartierpläne Zentrale und Bredella West wird die Wasenstrasse für den Langsamverkehr ausgebaut. Langfristig ist eine reine Langsamverkehrsachse entlang des Bahntrassees vorgesehen und eine neue Bahnhofstrasse parallel dazu nördlich des Bahnhofs. Beim QP Bredella West ist ein neuer Bahnhofplatz integriert, welcher eine bessere Anbindung an die Perrons und zusätzliche Veloabstellplätze bieten wird. Eine neue Velounterführung soll unter dem Bahnhof durchgezogen werden. Der enge Fussweg durch das Gewerbegebiet wird zu einer breiten Promenade mit Aufenthaltsmöglichkeiten aufgewertet. Beim Rohner Areal wurde im Rahmen des Studienauftrags verlangt, eine Verbesserung der bestehenden Passerelle über die SBB-Gleise (Teil der Kant. Radroute) mitzudenken. Die Planung ist jedoch noch zu wenig fortgeschritten, um hier konkrete Angaben geben zu können. Mit der Verlängerung der Tramlinie 14 würde entlang der Tramachse auch ein attraktiver Radweg geschaffen werden, welcher die verschiedenen Dorfteile (Zentrum, Grüssen, Salina Raurica und Längi) miteinander verbindet.

Frage 6: Wie gestaltet sich die Absprache und Zusammenarbeit mit dem Kanton hinsichtlich der Gestaltung und Verbindung von kantonalen Radrouten und kommunalen Radwegen? Von der Gemeinde erlassene Richtpläne, dazu gehört auch der Strassennetzplan, werden bevor sie der Regierungsrat genehmigt, von den kantonalen Fachstellen geprüft. Zu diesen Fachstellen zählt auch das Tiefbauamt, Fachbereich Radrouten. Die Gemeinde darf sich bei der Festlegung von kantonalen Radrouten vernehmen lassen, so dass man alles entsprechend miteinander verbinden kann.

Frage 7: Sind im Rahmen der Bauarbeiten bzw. der Sanierung der Baslerstrasse auch Massnahmen für den Langsamverkehr und insbesondere den Veloverkehr vorgesehen? Die Baslerstrasse wurde nicht saniert, sondern es wurden neue Werkleitungen verlegt, allen voran ein Starkstromkabel-Trasse der EBL. Die Baslerstrasse ist Teil der Tempo-30-Zone. Es sind keine zusätzlichen Massnahmen geplant.

Simon Käch: Vielen herzlichen Dank dem Gemeinderat für die Erläuterungen. Ich nehme positiv zur Kenntnis, dass die Verhandlungen mit den SBB noch laufen, ist es doch fünf Jahre her, seit die Prattler Bevölkerung ja gesagt hat zu einer sicheren und sauberen Fröschi-Unterführung. An dieser Stelle danke nochmals und ich verzichte auf die Diskussion.

Die Interpellation ist beantwortet.

8. Nr. 3152

Ruftaxi an Hanglage: Berichterstattung nach einjährigem Testbetrieb

GR Urs Hess: Ihr habt den Bericht gesehen, so wie es abgemacht war, nach einem Jahr Testbetrieb kommt eine Berichterstattung. Diese Berichterstattung zeigt aber auch ganz klar, dass wir eine sehr geringe Belegung von diesem Ruftaxi haben, auch in Zahlen ausgedrückt. Diese lese ich nicht vor.

Wir haben hier ein Ruftaxi eingerichtet, so wie es der Einwohnerrat verlangt hat und wie auch der Gemeinderat dahinterstehen kann.

Aber wir hatten letztes Jahr ein Ausnahmejahr, wie wir ja alle hier wissen und auch einander ansehen, weil wir immer noch mit der Maske herumlaufen. Aus diesem Grund können wir eigentlich sagen, dass es nicht unbedingt sinnvoll ist, wenn wir jetzt nach zwei Jahren den Testbetrieb abschliessen, sondern wir beantragen euch, den Testbetrieb noch ein weiteres Jahr laufen zu lassen. Ich denke, es kostet uns nicht viel. Man kann den Leuten aber die Chance geben, dass sie es jetzt dann hoffentlich, wenn endlich alles aufgeht, auch besser nutzen können und dann haben wir auch wirklich ein gutes Resultat. Am Schluss können wir das Ruftaxi weiterführen oder wir stellen es wieder ein.

Emil Job: Wir von der Fraktion der Unabhängigen und Grünen haben die Vorlage studiert und wir bedanken uns für diesen Bericht. Wir finden das sehr gut und denken, dass wir die Anträge auch unterstützen können, weil es Sinn macht.

Rebecca Moldovanyi: Auch im Namen von der SP-Fraktion herzlichen Dank dem Gemeinderat für den Bericht. Wir werden den Anträgen auch folgen können. Es macht sicher Sinn in so einem speziellen Jahr, wenn man den Testbetrieb verlängert, um überhaupt eine aussagekräftige Auswertung machen zu können. Auch soll das Ruftaxi weiterhin keine Konkurrenz zum ÖV darstellen, das finden wir sehr wichtig.

Thomas Sollberger: Auch die FDP-CVP-Fraktion wird den drei Schlussanträgen zustimmen. Eine Frage habe ich aber noch: Kennt man die Anzahl von diesen Personen oder Haushalten, welche diese 214 Bons eingelöst haben? Sind das 10, 100? Oder wie sieht das aus?

Patrick Ritschard: Auch wir von der SVP-Fraktion danken für den Bericht und werden den Anträgen auch zustimmen.

GR Urs Hess: Thomas, da muss ich sagen, dass ich es nicht weiss, wie viele Haushalte sich beteiligt haben, aber die Zahl ist so tief, dass das eigentlich auch nicht relevant ist, wer überhaupt so einen Gutschein bezogen hat.

Abstimmung über die drei Anträge des Gemeinderates

Der Rat beschliesst mit 37 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen:

://: 3.1 Der Zwischenbericht nach einem Jahr des Testbetriebs für ein Ruftaxi an den südlichen Hanglagen wird zur Kenntnis genommen.

Der Rat beschliesst mit 35 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen:

://: 3.2 Der Testbetrieb des Ruftaxi an den südlichen Hanglagen wird um ein weiteres Jahr bis Ende 2022 verlängert.

Der Rat beschliesst mit 35 Ja- zu 1 Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen:

://: 3.3 Die Betriebszeiten des Ruftaxi bleiben den Betriebszeiten der kommunalen Ortsbuslinien angeglichen.

9. Nr. 3253

Postulat, SVP, Urs Schneider, Widerspruch im Zonenreglement Siedlung

GR Urs Hess: Ich kann es kurz machen. Der Gemeinderat nimmt das Postulat entgegen.

Abstimmung zur Überweisung

://: Das Postulat wird mit 38 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung an den Gemeinderat überwiesen.

10. Nr. 3254

Postulat, SVP, Urs Schneider, Nachhaltiges Pratteln „Begrünte Flachdächer“

GR Philipp Schoch: Auch dieses Postulat nimmt der Gemeinderat gerne entgegen zur Bearbeitung. Es sind richtige und wichtige Fragen. Da gibt es sicher noch einiges an Potenzial, das wir optimieren könnten.

Andreas Seiler: Die FDP-CVP-Fraktion ist gegen eine Überweisung von diesem Postulat und zwar nicht aus dem Grund, dass wir diese Punkte nicht interessant oder von einer gewissen Bedeutung befänden. Wir wissen aber, dass unsere Bauverwaltung jetzt schon ziemlich ausgelastet ist mit verschiedenen Tätigkeiten. Jetzt noch eine Liste zu erstellen für den Einwohnerrat, sehen wir eigentlich nicht als sinnvoll. Wenn wir ein konkretes Projekt haben, wo wir auch etwas machen, sei das jetzt ein Neubau oder irgendwelche Sanierungen, dann kann man das aus unserer Sicht gerne anschauen und dann auch berücksichtigen, dass man entsprechende Begrünungen umsetzt. Aber nur eine Liste zu machen, dann ist ja am Schluss noch nichts gemacht und es gibt nur Arbeit für nichts. Darum stimmt unsere Fraktion gegen Überweisen.

Benedikt Schmidt: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen ist für die Überweisung. Wir hätten sogar diese Liste gerne noch etwas länger, als das Urs Schneider vorgeschlagen hat. Es wäre noch gut gewesen, wenn wir grundsätzlich noch geschaut hätten, wo es noch grosse Dachflächen hat, bei welchen man eine bessere Dachbegrünung anbringen kann.

Abstimmung zur Überweisung

://: Das Postulat wird mit 31 Ja- zu 8 Nein-Stimmen an den Gemeinderat überwiesen.

11. Nr. 3262

Motion, SP, Mauro Pavan, Transparente Politik-Finanzierung

GR Urs Hess: Die Motion hat ja vielleicht einen schönen Text, ob der für alle gut ist sei dahingestellt. Aber eines kann ich ganz sicher sagen, solch eine Motion können wir gar nicht entgegennehmen als Gemeinderat und zwar aus folgender Begründung: Was der Motionär hier will, ist eigentlich im kantonalen Gesetz über die politischen Rechte bestimmt. Dieses Gesetz schlägt das eigentlich gar nicht vor und lässt es gar nicht zu. Das heisst, wenn der Rat uns die Motion überweisen will, sie für erheblich erklärt und wir das Geschäft übernehmen sollen, dann können wir nachher zwar ein Reglement ausarbeiten und alle finden es «Hurra», aber es ist etwas, was gar genehmigungsfähig ist. Das sagt die kantonale Gesetzgebung ganz klar. Aus diesen Gründen, ich hätte hier noch ganz viele Sachen mehr, was man noch sagen könnte. Es gibt aber auch, wenn man beispielsweise bundesweit schaut oder auch was bei diesen Volksinitiativen ist, dass Spenden über CHF 10'000 deklariert werden müssen, bei Kampagnen nicht mehr als CHF 100'000. Ich weiss nicht, wie gross die Budgets sind, ich kenne das Budget von der SVP, aber das hat nicht einmal fünf Stellen. Also von dem her, ist das eigentlich etwas, was aus meiner Sicht gar nicht machbar und nicht schlau umsetzbar ist. Wie gesagt, nach dem kantonalen Gesetz nicht genehmigungsfähig. Darum bittet euch der Gemeinderat, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Mauro Pavan: Ich danke GR Urs Hess für die Ausführungen. Ich bin natürlich mit dieser vorgängigen, bereits abschlägigen Antwort des Gemeinderates überhaupt nicht einverstanden und finde, der Gemeinderat macht es sich hier gar einfach und letztendlich auch die Landeskanzlei. So wie ich das verstehe, kann ein Reglement nur dann nicht genehmigt werden, wenn es gegen ein höheres Recht verstösst. Weder der Gemeinderat noch die Landeskanzlei macht sich die Mühe aufzuzeigen, wo dann tatsächlich ein Widerspruch vorhanden wäre. Ich habe das Gesetz gelesen und ich finde keinen. Der zitierte § 1 des Gesetzes über die politischen Rechte besagt lediglich, dass dies für sämtliche Abstimmungen und Wahlen gilt. Ich finde

keinen Paragraphen in diesem Gesetz, welcher explizit untersagen würde, dass man die Finanzierung von einer Abstimmungen nicht sollte dürfen oder müssen offenlegen. Ich bitte euch darum, der Erheblichkeitserklärung der Motion zuzustimmen und dem Gemeinderat den Auftrag zu geben, ein Reglement auszuarbeiten. Der Gemeinderat soll die Herausforderung bekommen, ein Reglement auszuarbeiten, welches dann eben nicht dem übergeordneten Recht widerspricht, weil die Transparenz der Finanzierung von politischen Anliegen, von Kampagnen, von Wahlen ein Anliegen ist von einem grossen Teil der Bevölkerung. Ich sehe keinen vernünftigen Grund, warum man eine Finanzierung, vor allem wenn sie im grösseren Stil ist, nicht offenlegen sollte, warum man das irgendwie verbergen sollte.

Simone Schaub: Die SVP-Fraktion hat die Motion besprochen und wir sind der Meinung, dass ein solcher Vorstoss auf nationaler Ebene Sinn macht. Da sprechen wir auch von anderen Beiträgen, eventuell sogar noch kantonal, aber kommunal... Das dünkt mich jetzt etwas viel Aufwand für höchstwahrscheinlich nicht wahnsinnig viel Geld. Also noch einmal, wir kennen unser Budget. Ich weiss eures nicht. Wenn ihr Zehntausende von Franken bekommt, ist das schön für euch. Ich glaube nicht, dass das bei den anderen der Fall ist. Darum glaube ich nicht, dass das Sinn macht, dass man so etwas überweist und ein Reglement für, weiss auch nicht, ein paar CHF 100 oder 1'000 vielleicht, wenn es hochkommt, auf einmal ausschreiben will. Also, wir lehnen diese Motion ab.

Andreas Seiler: Die FDP-CVP-Fraktion empfiehlt auch eine Ablehnung von der Motion beziehungsweise nicht Erheblichkeitserklärung. Grundsätzlich stimmen wir auch der Beurteilung des Gemeinderates bezüglich des übergeordneten Rechts zu. Auf der anderen Seite ist aber auch meine persönliche Meinung, dass es auch sonst nicht sinnvoll ist, das so einzuführen.

Grundsätzlich kann ich natürlich verstehen, wenn irgendjemand sagt, er möchte gerne wissen, wer jetzt wie was finanziert. Auf der anderen Seite haben wir in unserer Demokratie aber zum Beispiel auch das Stimmgeheimnis oder man kann so abstimmen, ohne dass jeder weiss oder das was man machen muss. Und das sollte ja sinngemäss auch nicht nur für das Abstimmen, sondern auch für die Unterstützung, für die Mitgliedschaft in den Parteien oder allenfalls in den Komitees oder auch für die Unterstützung gelten. Es ist zwar in der Schweiz in der Regel kein Problem, wenn man jemand unterstützt. Es gibt aber andere Länder, wo das vielleicht ein bisschen kritischer ist, wenn man dann die falsche Partei unterstützt und dann irgendwelche Nachteile oder sogar Schlimmeres befürchten muss. Politische Gesetze, insbesondere in Bezug auf die Demokratie, machen wir nicht nur für die Schönwetterphase, sondern sie sollten auch, wenn es einmal nicht so schönes Demokratiewetter ist, funktionieren. Darum halte ich das Anliegen schon grundsätzlich für nicht richtig.

Es dürften auch auf Gemeindeebene kaum so grosse Beträge sein. Die Frage stellt sich ja dann in der Praxis, auch wenn wir das umsetzen wollen. Ab welchem Level setzen wir die Schwelle, wo man das öffentlich machen muss und wie viele Beiträge fallen dann darunter. Wie wollen wir das überhaupt kontrollieren und ein zweiter Punkt, welcher wichtig ist bei solch einer Umsetzung: Wie unterscheiden wir zum Beispiel Geldspenden, die man ganz einfach monetär erfassen kann oder Sach- oder Arbeitsspenden. Wenn jetzt zum Beispiel jemand Geld bezahlt in ein Komitee oder eine Partei und diese kaufen damit einen Grafiker oder ein Plakat oder lassen Plakate aufhängen, ist das relativ einfach abrechenbar. Ist dann gemäss Reglement X der Betrag überschritten, muss das veröffentlicht werden. Wenn jemand zum Beispiel in seiner Tätigkeit zu irgendeiner Organisation nebenbei für ein Komitee arbeitet, wie wird dann die Arbeitsleistung abgegolten? Was ist mit Freiwilligenarbeit, wie wird so etwas abgegolten? Schlussendlich, wenn man das wirklich gerecht für alle machen will, wird das eine recht komplizierte Sache und wird dieser Sache eigentlich nie gerecht. Darum denke ich, muss man hier gar nicht anfangen, jetzt ein kompliziertes Reglement auszuarbeiten in unserer Gemeinde, wo wahrscheinlich dann vom Kanton noch kassiert wird oder gar nicht zur Ruhe kommt und welches in der Umsetzung dann sowieso extrem schwierig wird. Schlussendlich müssen wir es dann auch kontrollieren können und wie findet man heraus, wenn jemand sich nicht daran hält oder ist es dann einfach ein Zufall, dass es hin und wieder alle 10 Jahre irgendein Skandal gibt in irgendeiner Partei, wie wir es auch schon hatten im Ausland oder gibt es wirklich einen Kontrollmechanismus. Oder ist dann die Idee, dass die Parteien praktisch ihre Buchhaltung der Gemeinde abgeben müssen zur Kontrolle, um zu zeigen, dass sie keine Einnahmen hatten,

die den Betrag X überschreiten. Also, alles so ziemlich fragliche Sachen. Darum sagen wir nein.

Delia Moldovanyi: Wir können inhaltlich dieser Motion durchaus zustimmen. Zuerst noch zu den Zahlen. Das könnte man natürlich durchaus auf Gemeindeebene anpassen. Es geht ja nicht um Beträge von CHF 100 oder CHF 50'000, sondern CHF 1, CHF 2 oder CHF 3'000. Nichtsdestotrotz sehen wir hier auch eine gewisse Unvereinbarkeit mit der kantonalen Gesetzgebung und sind darum auch für nicht Erheblicherklärung, aber würden natürlich sehr begrüßen, wenn das auf kantonaler Ebene weiterverfolgt würde.

Mauro Pavan: Also bis jetzt hat noch niemand von meinen Vorrednern es geschafft aufzuzeigen, wo das dann tatsächlich eine Unvereinbarkeit bestehen würde. Selbst in der Antwort der Landeskanzlei wird zitiert, dass den Gemeinden weitgehend Autonomie gewährt wird, solange das kantonale Recht das nicht abschliessend ordnet. Die Finanzierung und eine Offenlegung von derselbigen von politischen Kampagnen ist eben gerade nirgends abschliessend geordnet oder ausgeschlossen. Das würde mich sehr interessieren, auf welchen Gesetzparagraphen Bezug genommen wird, wo genau das untersagt würde, weil nur dann wäre es nicht zu vereinbaren mit dem übergeordneten Recht. Zur Frage wegen der Schwelle: Das habe ich bewusst offen gelassen in der Motion, das wäre ja eben genau die Aufgabe des Gemeinderates, das zu definieren, was auf Gemeindeebene Sinn macht. Zu Andreas Seiler: Es geht in meiner Motion eben gerade nicht um Sachleistungen, sondern um finanzielle Beiträge, wenn man diese genau anschaut, um dieses Problem auszuhebeln. Das Gemeindegesetz sieht übrigens sehr wohl vor, dass die Gemeinden eigene Reglemente erlassen, inklusive Sanktionierungen und Bussen. Ich habe das Gefühl, das wäre hier sehr wohl zu vereinbaren mit dem übergeordneten Recht. Die Landeskanzlei äussert sich ja auch nicht abschliessend, dass ein solches Reglement nicht genehmigbar wäre, sondern sie sagt nur, es wäre fast ausgeschlossen. Ich würde das jetzt gerne einmal zuerst darauf ankommen lassen und dem Gemeinderat die Herausforderung geben, ein Reglement zu erlassen, welches dann eben standhält.

Kurt Lanz: Zu Andreas Seiler möchte ich halt einfach sagen: Ja, wir machen die Gesetz eben schon, wenn es Schönwetter ist, jetzt wäre eben noch Schönwetter und darum wäre es angebracht, dass wir das eben jetzt machen. Mauro Pavan hat schon gesagt, es soll dem Gemeinderat der Auftrag erteilt werden, dass er dort etwas genauer regeln soll, was wir überhaupt hier anschauen. Wenn wir anfangen eine geheime Abstimmung als Abstimmung, zu vergleichen mit dem Wissen darüber, wer finanziert eine Abstimmung. Also dieser Vergleich hinkt dann aber ganz mächtig. Ich gehe jetzt davon aus, das sei ein leichter Versprecher von Andreas Seiler gewesen.

Abstimmung zur Erheblichkeit

://: Die Motion wird mit 20 Nein- zu 16 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen für nicht erheblich erklärt.

12. Nr. 2495

Beantwortung Postulat, FDP-Fraktion, Stefan Löw, Prattler Dorfkerngestaltung

GR Urs Hess: Da hat man irgendwo in der Mottenkiste, weit unten und zuhinterst noch ein Postulat gefunden, welches noch nicht beantwortet ist. Es ist etwas lange gegangen, aber es ist jetzt noch tatsächlich hervor gekommen. Der Postulant hat seiner Zeit viele gute Fragen gestellt, ein Teil ist überholt, ein Teil hat man gemacht und ich denke, jetzt nach 14 Jahren können wir das auch problemlos abschreiben.

Ich habe schon mit meinem Gemeinderatskollegen Stefan Löw darüber sprechen können und er hat gesagt, er sei auch dabei, wenn wir es heute abschreiben. Ich bitte euch, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen und das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

Didier Pfirter: Wir möchten unserem Gemeinderat Stefan Löw zum Erfolg von seinem Postulat gratulieren und ihm für seinen Einsatz auch im jetzigen Amt danken. Die ästhetische Aufwertung vom Dorfkern ist für alle sichtbar gelungen. Aber für mich persönlich, könnte die Belebung noch besser sein. Wir sind einverstanden, dass wir das Postulat abschreiben, aber trotzdem glauben wir, dass man die Bemühungen zur Belebung des erweiterten Dorfkern bis zum Bahnhof hin, weiterhin als Anliegen auf dem Radar behalten soll. Ich fürchte, dass der Zug für den Dorfkern im engeren Sinn leider etwas abgefahren ist diesbezüglich. Um so richtiger scheint es mir, dass man zwischen dem Dorfkern, also zwischen dem Dorfturnhallenplatz und Schmiedeplatz und dem Bahnhof mehr Leben hineinbringt und so verhindert, dass Pratteln zu einer Schlafstadt wird.

GR Stefan Löw: Ich möchte es doch nicht unterlassen, der Verwaltung, welche mir die Beantwortung jetzt noch gegeben hat, zu danken für die Arbeit, die hier gemacht worden ist. Es hat mir doch auch nochmal schnell eine Übersicht über das Ganze gegeben und es freut mich, dass der Rat das jetzt so zur Kenntnis nehmen kann. Das ist noch aus meiner Vergangenheit im Amt als Einwohnerrat. Dankeschön und ihr könnt das natürlich abschliessen.

Abstimmung

://: Das Postulat wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

13. Nr. 3203

Beantwortung Postulat, FDP, Paul Dalcher, Umgestaltung des Grossmattschulhausplatzes

GR Urs Hess: Der Grossmattschulhausplatz hat wie jeder Pausenplatz von einem Schulhaus seine Funktion. Er hat eine Multifunktion und es gibt gewisse Richtlinien, wie Schulhausplätze und Pausenplätzen ausgestaltet werden sollen. Auch nach dem haben wir euch eine entsprechende Antwort gegeben. Wir haben berichtet, wir haben das geprüft. Gewisse Sachen sind wir schon am Umsetzen. Wir sind jetzt ja dran, am neuen Spielplatz dort drüben. Es steht dann halt nicht ein Piratenschiff, aber ich hoffe, das passt für Benedikt Schmidt auch. Wir haben geprüft und berichtet und aus unserer Sicht kann man das Postulat als erfüllt abschreiben. Ich bitte euch, diesem Antrag zu folgen.

Paul Dalcher: Besten Dank an Gemeinderat Urs Hess für die Beantwortung, aber das ist ja gar keine Interpellation. Es hat ja nirgends Fragezeichen, also im Prinzip ist es ein Postulat und hat die Aufgabe, etwas zu prüfen, Bericht zu erstatten und Antrag stellen. Das vermisste ich hier schon ein bisschen. Überhaupt finde ich die Begründung hier oder die Beantwortung, wie es der Gemeinderat sehr salopp.... das ist also nichts, womit man etwas anfangen könnte. *«Im Sommer werden Plätze und Strassen mitunter sehr heiss....»* Ich glaube, darüber müssen wir nicht abstimmen. *«Versiegelte Flächen saugen die Sonnenstrahlung auf, die Umgebung wird aufgeheizt. Das führt zu Temperaturen... Die Entsiegelung von asphaltierten Flächen, die Pflanzung von zusätzlichen Bäumen und die Erweiterung von Naherholungsmöglichkeiten im Ortskern sind grundsätzlich sinnvoll.»* Nur machen, dass es sinnvoll ist, diese Anliegen, die Begehren, ist doch klar und das vermisste ich einfach. Ich vermisste einen klaren, verbindlichen Bericht mit Anträgen, dass man etwas machen will. Darum bin ich an sich dagegen, dies als erfüllt abzuschreiben. Es ist gar nichts erfüllt. *«In Richtlinien für Schulhausbauten wird empfohlen, Spiel und Pausenplätzen funktional und gut besonnt zu machen.»* Es spricht nichts dagegen, aber eine Entsiegelung ist doch nicht eine Entsonnung. Im Gegenteil, man kann das kombinieren, man kann hier weitergehen, ökologisch viel besser etwas zu machen und deshalb bin ich der Meinung, dass wir halt jetzt das Postulat noch nicht abschreiben dürfen. Noch ein wichtiger Hinweis zum Parkweg, Punkt 3: Die Burggarten- und Schlossstrasse müssen überquert werden und es braucht bauliche Überquerungshilfen bei der Schlossstrasse. Es gibt Fussgängerstreifen, an anderen Orten haben wir das auch, das wären nicht die ersten beiden. Ich finde das, wie ich schon gesagt habe, sehr salopp und ich möchte sie bitten, das Postulat jetzt nicht abzuschreiben.

Benedikt Schmidt: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen bittet auch darum, das Postulat noch nicht abzuschreiben. Die Antworten sind nicht wahnsinnig toll. Da muss ich Paul Dalcher absolut beipflichten. Wenn wir jetzt zum Beispiel sehen, was vor dem Dorfturnhallenplatz gemacht worden ist, denke ich, geht es ein bisschen etwas in diese Richtung. Auch gäbe es da Möglichkeiten auf dem Grossmattschulhausplatz, sicher mehr, wenn man ein bisschen mehr überlegt, Brainstorming macht, käme man auf mehr Ideen, womit man mit diesem Platz etwas machen kann. Dann wurde auch geschrieben, dass man gewisse Sachen anschaut im Rahmen vom Grün- und Freiraumkonzept und dieses Konzept geistert schon seit langer Zeit in diesem Rat herum.

Wir hatten schon ganz viele andere Vorstösse, bei welchen wir gesagt haben, sie im Rahmen vom Grün- und Freiraumkonzept zu beantworten und dann ist das Grün- und Freiraumkonzept halt einfach einmal bachab gegangen. Deswegen wurde das Postulat nämlich auch nochmals eingereicht, weil wir diesen Fehler schon einmal gemacht haben. Man hat die Beantwortung verschoben auf irgendetwas anderes. Von dem her möchte ich sagen, wir lassen das Postulat stehen und wenn dann der Gemeinderat kommt mit dem Grün- und Freiraumkonzept, welches ja für 2021 vorgesehen ist, wie wir früher gehört haben, dann können wir gleichzeitig auch noch das Postulat von Paul Dalcher abschreiben. Aber jetzt ist es wirklich noch zu früh dafür.

Abstimmung zur Abschreibung

://: Das Postulat wird mit 17 Nein- zu 15 Ja-Stimmen bei 7 Enthaltungen nicht abgeschrieben.

14. Nr. 3272

Beantwortung Interpellation, parteilos, Paul Dalcher, Kunstwerke im öffentlichen Raum

GR Roger Schneider: Danke vielmals dem Interpellant für die Fragen, die ich probiere so kurz und prägnant wie möglich zu beantworten. Die Fragen 1 und 2 nehme ich zusammen. *Frage 1: Existiert ein Inventar über die sich im öffentlichen Raum befindenden Kunstwerke und wer ist mit dessen Führung respektive der Aktualisierung betraut? und Frage 2: Wie gedenkt der Gemeinderat, diese Werke unter Schutz zu stellen und zu unterhalten?* Ja es existiert eine Auflistung von den vorhandenen und gemeindeeigenen Skulpturen im öffentlichen Raum. Und diese werden von der Abteilung Bau, Verkehr und Umwelt (BVU), vom Werkhof, regelmässig unterhalten.

Frage 3: Wo befindet sich das Kunstwerk "Verschnürtes Paket" von Bruno Leu heute, welches bis vor einiger Zeit vor dem Postgebäude an der Bahnhofstrasse stand? Wurde der Gemeinderat über den Abbau und die Versetzung vorgängig informiert? Das Kunstwerk von Bruno Leu gehört der Schweizerischen Post und diese hat das Werk in ihre Sammlung zurückgenommen.

Frage 4: Ist sich der Gemeinderat bewusst, dass die anerkannt wertvollen Wandgemälde im Kindergarten Hexmatt (Sgraffito von Elsa Hegnauer-Denner von 1957) und im Sitzungszimmer der Bauverwaltung (Hans Schneider, entstanden 1939) akut gefährdet sind? Die Gemeindeverwaltung prüft, inwiefern Kunst am Bau bei Sanierungen und Umbauten ganz oder Teile davon erhalten werden könnten. Das ist aber noch nicht definitiv entschieden, bei den Beispielen, welche Paul Dalcher erwähnt.

Frage 5: Wie verhält es sich bei schützenswerten Kunstobjekten, welche nicht im Gemeindebesitz sind, jedoch sich auf öffentlich zugänglichem oder einsehbarem Raum befinden? Die Abteilung BVU, wiederum der Werkhof, unterhält alle Kunstwerke in den Verkehrskreisen, auch wenn diese nicht im Eigentum der Gemeinde sind. Ansonsten unterhält der Werkhof nur Kunstwerke im Gemeindeeigentum. Ein Beispiel: Das an der Sekundarschule Pratteln, das Gebäude gehört nicht mehr der Gemeinde, die Gemeinden unterhält das Kunstwerk dort nicht.

Frage 6: Mit welchen Ideen und Massnahmen könnte das Interesse der Bevölkerung an der Auseinandersetzung mit den Kunstwerken im öffentlichen Raum gefördert werden? Diese

Anregung nimmt die Abteilung Bildung/Freizeit/Kultur (BFK) in Zusammenarbeit mit dem Museum gerne auf. Das ist eine gute Anregung.

Paul Dalcher: Ja, wie ich schon gesagt habe, ich bin nicht ganz zufrieden oder eher nicht zufrieden mit der Beantwortung dieser Interpellation. Ich finde auch hier, dass die Antworten relativ oberflächlich daherkommen. Wenn man Kunst vermitteln, Kunst zeigen will, und wir haben einige schöne Sachen/Objekte in Pratteln, dann muss man das professioneller in die Hand nehmen und entsprechend anfangen mit einem Inventar.

Ich finde, wir dürfen nicht immer nur vom Wachstum reden in dieser Gemeinde, sondern man sollte auch ein bisschen auf Qualität und auf gewisse Trouvaillen, die wir haben, mehr machen dafür, denn das ist sehr wichtig, dass das neben Wachstum, generellem mengenmässigem Wachstum halt auch hier ist. Wir haben dieses Jahr Jubiläum, wir haben nächstes Jahr Schwingfest. Man könnte dort allenfalls etwaige Aktivitäten entwickeln. Wir haben sehr wichtige Kunstwerke im öffentlichen Raum, die nicht inventarisiert sind und das ist eben sehr schade. Von dem her gesehen bin ich eigentlich nicht zufrieden. Ich finde, Pratteln macht zu wenig in Richtung Kultur, in Richtung Kunst, so wie wir das hier geschrieben haben.

Die Interpellation ist beantwortet.

15. Nr. 3276

Beantwortung Interpellation, U/G, Benedikt Schmidt, QP Blözenmatt

GR Philipp Schoch: *Frage 1: Wer hat beschlossen, am Siedlungsrand an diesem Ort einen Quartierplan mit baulicher Verdichtung zu ermöglichen?* Der Einwohnerrat hat das Zonenreglement Siedlung und zuletzt am 26. Oktober 2015 die Mutationen 2014 beschlossen. Im Zonenreglement Siedlung (ZRS) Art. 12, welcher zuletzt mit dem Mutationen 2014 mutiert wurde, ist festgelegt, dass der Gemeinderat nach Anhörung des Bauausschusses für neue Bebauungen in den Wohn- und Wohn-Geschäfts-Zonen, welche auf Arealen von mehr als 2'000 m² erstellt werden, Ausnahmen von den Zonenvorschriften im Rahmen einer Ausnahmeüberbauung nach einheitlichem Plan, das ist eben kompliziert oder einfach gesagt, einer Quartierplanung mit einem vereinfachten Verfahren zugeordnet werden kann.

Frage 2: Hat der Gemeinderat eine raumplanerische Gesamtschau, auf welcher der Entscheid für den QP beruht? Nein. Der Einwohnerrat hat am 11. Mai 2020 die Erstellung einer Gesamtschau, dem städtebaulichen Entwicklungskonzept, abgelehnt. Der Gemeinderat ist jedoch nach wie vor der Überzeugung, dass es solch eine Gesamtschau benötigt. Von dem haben wir heute Abend auch schon gesprochen. Entsprechende Abklärungen sind durch die Abteilung Bau, Verkehr und Umwelt im Gange.

Frage 3: Warum wird eine Verdichtung am Siedlungsrand fernab vom ÖV ermöglicht? Der Gemeinderat ist auch der Überzeugung, dass bei grösseren Verdichtungen die ÖV-Erschliessung zentral ist. Zum Beispiel die Zentrale, Bredella oder auch Hiag, wo wirklich viele Wohneinheiten gebaut werden, haben wir heute Abend auch schon gehört. Bei zusätzlicher Ausnützung gemäss Artikel 12 vom Zonenreglement Siedlung (ZRS) handelt es sich aber um eine sehr beschränkte Mehrnutzung, nämlich 10 Prozent, bei welcher dafür zusätzliche Qualität gemäss Artikel 12 Absatz 4 ZRS eingefordert werden. Im vorliegenden Fall wird die Parzelle auch durch die zusätzliche Nutzung einer W2a-Zone entsprechen. Diese Zone ist weiter oben am Blözenweg bereits ausgeschrieben und somit nicht ganz ortsfremd. Ohne die Quartierplanung könnten die eingeforderten Qualitäten, wie Wildhecken, Baumpflanzungen etc. gar nicht ermöglicht werden.

Frage 4: Ist sich der Gemeinderat bewusst, dass die übergrossen Wohnbauten den Wert der Gebiete Blözen/Erli als Naherholungsgebiet verringern, weil sie nicht an den Ort passen? Der Gemeinderat ist überzeugt, dass der Naherholungsraum im Gebiet Blözen/Erli nicht darunter leiden wird.

Frage 5: Warum wurde das kleine Verfahren beschlossen, bei dem der Einwohnerrat nichts zu sagen hat? Der Quartierplan hält die Bestimmungen gemäss Artikel 12 ZRS ein. Der Einwohnerrat hat dem Gemeinderat somit die Befugnis erteilt, also quasi eine generelle Befugnis, weil das so im Zonenreglement drin ist, das Verfahren durchzuführen.

Frage 6: Warum unterstützt der Gemeinderat trotz grosser Opposition (siehe Mitwirkungsbericht) dieses Projekt weiterhin? Der Gemeinderat begrüsst, dass die Bevölkerung so stark bei dieser Mitwirkung mitgemacht hat und die Eingaben gebracht haben. Viele von diesen Vorschlägen wurden auch berücksichtigt und sind in die Planung eingeflossen. Die Mitwirkung dient eigentlich der Qualitätsverbesserung von einer Planung. Erfahrungsgemäss werden mehrheitlich negative Punkte beziehungsweise Verbesserungswünsche eingereicht. Durch die öffentliche Mitwirkung der Bevölkerung, soll in erster Linie dem demokratischen Grundprinzip Beachtung geschenkt werden. Man kann das nicht vergleichen mit einer Volksabstimmung, weil dort sind ja diejenigen eingeladen, die das möchten und nicht die ganze Bevölkerung gefragt.

Frage 7: Ist der Gemeinderat gewillt, den QP noch zu stoppen? Der Gemeinderat hat am 16. Februar 2021 den Quartierplan beschlossen. Das weitere Verfahren richtet sich nach § 31 des kantonalen Raumplanungs- und Baugesetzes, vorausgesetzt das laufende Verfahren bringt keine grundsätzlichen Neuerkenntnisse, besteht kein Grund für eine Wiedererwägung vom Gemeinderat.

Benedikt Schmidt: Also ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung von meinen Fragen. Ich bin nicht überall ganz glücklich damit. Ich stelle einfach fest, es gibt im Reglement die Möglichkeit, ein kleines Quartierplanverfahren zu machen. Ich bin jetzt aber seit 2005 im Einwohnerrat und das ist das allererste kleine Quartierplanverfahren, welches mir auffällt in dieser Gemeinde. Insofern frage ich mich schon, warum man jetzt, ausgerechnet in diesem Fall, ein anderes Verfahren gewählt hat, als sonst immer. Ein verwandter Punkt dazu ist die Mitwirkung, da gab es wirklich sehr viele Mitwirkungsbeiträge von sehr vielen Leuten und sie waren durchs Band alle absolut negativ. Man hat dann ein paar kleine Sachen aufgenommen. So ein bisschen Kosmetik gemacht, aber wirklich eingegangen auf die Eingaben in der Mitwirkung, ist man eigentlich nicht. Insofern hinterlässt das bei uns schon ein ziemlich schaler Eindruck, dass man einfach ein Projekt durchdrücken will, auch wenn es nicht so ganz das Gelbe vom Ei ist. Dieser Eindruck bleibt einfach. Wie weit der Rest etwas taugt, das werden wir sehen, weil wir als Unabhängige Pratteln eine Einsprache gegen den Quartierplan erhoben haben.

Didier Pfirter: Ich bin auch nicht überzeugt, dass dieses Projekt das Gelbe vom Ei ist. Ich bin auch nicht überzeugt, dass dieses Projekt die Natur vom Quartier auf dem Blözen oben nicht negativ verändert, für mich verändert sich das negativ. Es ist ein Einfamilienhausquartier und es werden dort jetzt keine Einfamilienhäuser gebaut. Wir haben genug Blöcke, Mehrfamilienhäuser in Pratteln und es werden noch viel mehr gebaut. Man muss jetzt nicht noch in den wenigen Einfamilienhausquartieren, es gibt kaum eines, dass «par excellence» ein Einfamilienhausquartier ist als der Blözen, auch noch Mehrfamilienhäuser bauen. Im Allgemeinen möchte ich einfach den Gemeinderat daran erinnern, ich hoffe, er ist sich dessen bewusst: Eine Kannvorschrift ist keine Mussvorschrift. Ich habe immer mehr den Eindruck, dass alle Leute, die mehr als 2'000 m² haben, meinen, sie hätten ein Recht auf ein Quartierplan und das sei praktisch ein Automatismus. Das ist es nicht. Wie Gemeinderat Philipp Schoch schon sagte heute Abend, der Gemeinderat kann eine Ausnahme bewilligen. Ich habe den Eindruck, das wird in Pratteln, als Mussregel bewilligen, gelesen. Es soll eine Ausnahme sein und nicht eine Regel, dass man jedes Mal, wenn man mehr als 2'000 m² hat, sich nicht an den Sanktionenplan halten muss und der Gemeinderat nicht verpflichtet ist, das jedes Mal zu gewähren.

GR Philipp Schoch: Das ist so Didier Pfirter, wir müssen nicht einen Quartierplan verlangen, aber man weiss, dass ein Quartierplan meistens sehr viel Qualität bringt, dass der Einwohnerrat meistens dort auch mitreden kann. Dass das wichtig ist, ist auch relativ deutlich so angekommen, nicht nur heute Abend. Einfach noch der Unterschied zwischen Mitwirkung und Einsprache: Das sind zwei verschiedene Instrumente. Das dürfen wir nicht vermischen. Die

Mitwirkung hat wie gesagt den Charakter, etwas zu verbessern. Die Einsprache ist natürlich dann das viel stärkere Mittel und hat auch eine rechtliche Konsequenz. Das hat die Mitwirkung nicht. Also mitmachen, ist nicht gleich Nein-Sagen. Mitmachen heisst, ich bringe Vorschläge, welche das Projekt verbessern können. Vielleicht werden diese aufgenommen, vielleicht auch nicht. Das liegt am Schluss bei den Gemeindebehörden oder auch beim Investor, das schaut man zusammen an, wie man das macht. Bei der Einsprache ist das ganz etwas anderes. Dort ist es ein rechtliches Mittel, bei welchem sich die entsprechenden Kreise äussern können, wenn sie ein Bauvorhaben nicht möchten, das ist ganz etwas anderes.

Patrick Weisskopf: Es ist schon vieles gesagt worden, beispielsweise eben, dass es eine Kannformulierung ist und in dieser Hinsicht möchte ich den Gemeinderat eben auch bitten, und die Verwaltung, zu schauen und sich mit diesem Gebiet auseinanderzusetzen. Es ist eine exponierte Lage, es ist eine Höhenlage, dementsprechend kommen solche Zugeständnisse wie an die Höhe, wie an die Breite, die man machen kann, gerade doppelt zur Geltung, weil es einfach nochmals überhöht wird. Für mich ist der Quartierplan, das qualitative Gebäude einfach dort nicht wertsteigernd respektive hat für die Bevölkerung keinen Mehrwert. Genau darauf müssten wir eigentlich schauen, weil die Quartierpläne Sondernutzungen sind. Sie geben Sonderrechte und sie mehren die Rendite. Deswegen sollte man eben auch schauen, dass es ausgewogen ist, dass es für alle etwas gibt. Das sehe ich hier nicht. Wie gesagt, wir haben heute noch einen freien Blick, mit der Erhöhung kommt der freie Blick bereits ins Schwinden. Man hat dann auf diesem Quartier oder auf dieser Parzelle noch Sondernutzungen darauf. Man hat eine Privatstrasse und macht dann sogar noch spezielle Ausnahmen auf dieser Privatstrasse. Das geht mir zu weit. Aber genau durch so Ausnahmeregelungen, die wieder kleinere Strassen, geringere Radien zulassen, hat das dort natürlich wieder eine Auswirkung. Wir haben im Einwohnerrat das Reglement bestimmt mit dieser Ausnahme. Das ist eine Wohnzone W1b, wenn ich mich richtig erinnere. Dort hat man schon einen Mehrwert geschaffen, indem man das ein bisschen freier gemacht hat, als es früher gewesen ist. Da haben wir gesagt, man darf pro Baukörper zwei Wohnungen drin haben. Man hat dort explizit gesagt, pro Baukörper. Im Sonderreglement hat man dann gesagt, jawohl, wir dürfen das vergrössern, aber man hat einfach gesagt zwei Wohnungen. Wie gesagt, pro Baukörper und das ist aus meiner Sicht dort verletzt worden.

Die Interpellation ist beantwortet.

16. Nr. 3263

Postulat, BPK, 3-fach Turnhalle im QP Zentrale

GR Philipp Schoch: Ihr habt vorher auf den Folien sicher gesehen, dass dort Zweifachturnhalle stand beim neuen Schulhaus Münchacker. Zum Zeitpunkt als ihr die Folie gesehen habt, war es auch richtig. Aber wir möchten jetzt trotzdem das Postulat entgegennehmen und das Thema bearbeiten, weil es wichtig ist, dass unsere Vereine auch entsprechende Hallen haben, wo sie ihre sportlichen Tätigkeiten ausüben können und die Dreifachturnhalle bietet halt sehr viel mehr, wie eine Zweifachturnhalle. Bis jetzt war es so, dass man in der Studie, die es bis jetzt gibt für das neue Schulhaus, dass dort eine Zweifachturnhalle drin war, weil man davon ausgegangen ist, dass diese unter den Boden kommt. Ihr könnt euch vorstellen, wenn etwas im Boden ist, dann ist das relativ teuer. Wenn es auf dem Boden ist, dann ist der Preis schon ein bisschen ein anderer und deswegen ist man dort eigentlich auf die Zweifachturnhalle gekommen. Wir haben zu diesem Zeitpunkt auch noch nicht gewusst, was der Kanton mit dem Fröschi-Schulhaus will.

Das ist jetzt ein bisschen klarer, wobei auch noch nicht so ganz fixiert. Wir müssen mit dem Kanton noch sprechen. Mein Traum, das sage ich jetzt hier drin ganz unabgesprochen, auch mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat. Mein Traum sind zwei Dreifachturnhallen, welche dann in der Nähe sind, die gut verbunden sind, unten oder oben durch. Das haben wir vorhin von Gemeinderat Urs Hess gehört, dass man das noch verbinden muss. Die alte Passerelle, die man ersetzen müsste, wo auch immer man diese ersetzt. Dann könnte man dort auch tolle grosse Turniere machen. Aber ob das in Erfüllung geht, entscheide nicht ich

allein. Das müssen wir jetzt zusammen anschauen. Wir nehmen das gerne entgegen und klären das sauber ab.

Kurt Lanz: Das ist ein Postulat von der Bau- und Planungskommission. Ich habe mit Freude zur Kenntnis genommen, was Gemeinderat Philipp Schoch für Träume hat. Das wird in der Bau- und Planungskommission eigentlich auch so gesehen. Zweifach- und Dreifachturnhallen sind beide erwähnt in diesem Zonenplan und der Gemeinderat hat uns erklärt, dass er an eine Zweifachturnhalle denkt. Wir hatten das Gefühl, es ist ganz wichtig, dass wir hier eine Diskussion anstossen können und daraus ist eben entstanden, dass die Bau- und Planungskommission sich entschieden hat, ein Postulat zu machen. Wenn es der Gemeinderat übernehmen will, gehe ich einmal davon aus, dass eine Mehrheit des Rates das auch möchte. Ich bitte sie darum, dem zuzustimmen.

Abstimmung zur Überweisung

://: Das Postulat wird einstimmig an den Gemeinderat überwiesen.

17. Nr. 3264

Motion, U/G, Benedikt Schmidt, Einführung einer Mehrwertabgabe

GR Philipp Schoch: Ihr kennt wahrscheinlich alle den Bundesgerichtsentscheid, bei welchem die Gemeinde Münchenstein eine Einsprache gemacht hat. Mit diesem Bundesgerichtsentscheid haben die Kantone den Auftrag, die Mehrwertabgabe jetzt umzusetzen, beziehungsweise der Kanton Baselland hat die Aufgabe, das umzusetzen und dort ist das auch im Moment pendent. Der Kanton hat aktuell eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um das umzusetzen. Inhaltlich ist es, glaube ich, unbestritten, dass das kommen soll, gerade für uns in Pratteln ist das eine extrem wichtige Sache. Bei all diesen Projekten, die wir auch heute Abend diskutiert haben, ist die Mehrwertabgabe oder wie es im Moment heisst Infrastrukturbeiträge, natürlich ein ganz wichtiger Punkt, welchen wir jeweils hart mit den Investorinnen und Investoren verhandeln. Sie bekommen diesen gut erschlossenen Platz Pratteln, das tolle Pflaster nicht einfach so geschenkt, sondern sie müssen jetzt schon diesen Infrastrukturbeitrag abgeben. Das ist noch nicht ganz auf sicheren Beinen, das habe ich vorhin schon gesagt und um das ginge es jetzt, das soll der Kanton ausarbeiten und darum ist es jetzt der falsche Zeitpunkt für diese Motion, weil wir das als Gemeinde gar nicht so umsetzen könnten ohne Kanton. Wir müssen sowieso warten, bis der Kanton das umgesetzt hat. Dann können wir das übernehmen. Aber es ist heute schon gängige Praxis. Das funktioniert eigentlich sehr gut. Es gibt manchmal bei Gesprächen, dass sich die Investoren ein bisschen wehren, aber sie wissen auch ganz genau, dass sie nicht drum herumkommen, dass sie dies bezahlen müssen, wenn sie hierher kommen wollen und das funktioniert eigentlich heute schon relativ gut. Aber es ist nicht mehr wie gerecht, dass man die Spielregeln für alle festlegt, transparent macht und für das braucht es die kantonale Regelung und auf diese warten wir jetzt. Darum möchten wir die Motion nicht entgegennehmen.

Benedikt Schmidt: Ich danke dem Gemeinderat für seine Worte, er hat eigentlich schon sehr ausführlich erklärt, warum es unbedingt so eine Mehrwertabgabe braucht. Gerade in Pratteln, wo wir viele grosse Projekte haben, die gebaut werden, ist es ganz klar, dass wir auch klare Rahmenbedingungen brauchen, wie man die Infrastrukturbeiträge, wie sie heute heissen, bekommt, damit wir die Infrastrukturkosten finanzieren können, welche auf uns zukommen, wenn all das gebaut wird, was wir hier am Anfang der Sitzung gehört haben. Im Moment ist es der falsche Zeitpunkt. Vielleicht ist es eigentlich ein super guter Zeitpunkt, weil das Bundesgericht erst gerade entschieden hat, das heisst der Kanton ist unter Druck.

Münchenstein und Liestal haben einen ähnlichen Vorstoss in der letzten Woche überwiesen. Wenn wir jetzt auch noch etwas überweisen, dann haben wir genügend Druck beim Kanton, dass der Kanton auch schnell arbeitet und gerade in Pratteln lohnt es sich absolut nicht, dass wir ewig lange warten und alle Planungen durchlaufen lassen und erst dann eine Mehrwertabgabe einführen. Also, langes Warten auf den Kanton bringt nichts und eine Motion überweisen,

wäre auch Druck auf den Kanton. Es ist dann auch ein Jahr Zeit und ich hoffe, dass man es dann auch schafft, innerhalb von diesem Jahr eine Vorlage zu bringen. Bitte nicht erst in 14 Jahren oder was immer das gewesen sind, aber einfach in nützlicher Frist.

Dieter Stohler: Ein wirklich interessanter, prüfenswerter Vorstoss liegt vor uns. Klar ist, dass neue Infrastrukturausgaben auf uns zukommen, das wurde schon mehrmals gesagt und dass diese irgendwie finanziert werden müssen. Jetzt könnte man natürlich die allgemeinen Steuern erhöhen, das wäre nicht unbedingt in unserem Sinn. Das angesprochene, in einem früheren Traktandum, langfristige erhöhte Steuersubstrat, wird nicht sofort ausschlagen. Also bleibt primär die Finanzierung nach dem Verursacherprinzip, wie ich es jetzt einmal nennen will. Das ist bis jetzt schon so gelaufen, immerhin teilweise. Im Raum steht jetzt eine Erhöhung von der Mehrwertabgabe, die es ja schon gibt, nur kassiert der Kanton 3/4 und die Gemeinde 1/4. Jetzt soll einfach mit diesem Vorstoss für Pratteln mehr bleiben zur Finanzierung der Infrastruktur. Die Mehrwertabgabe ist natürlich eine Steuer, nicht im Rechtssinn, ist aber eine Steuer. Die FDP-CVP-Fraktion ist jetzt bei Steuererhöhungen nicht traditionell an erster Stelle, die "Bravo" schreit. Wir sind also grundsätzlich skeptisch, aber bei der Mehrwertabgabe scheint uns das auf jeden Fall schon sinnvoller, als das jetzige individuelle Verhandeln mit den Investoren, was zu Ungleichbehandlungen führt. In diesem Sinn sind es rechtsstaatliche Überlegungen, die für uns ganz wichtig sind und sprechen eher für eine solche Mehrwertabgabe. Die Ungleichbehandlungen, die es sonst geben könnte, das nächste bössere Wort von Ungleichbehandlungen ist Vetterliwirtschaft, auch das könnte dann dazuführen. Die Mehrwertabgabe als solche führt zu einer gewissen Symmetrie, auch wie wir alle wissen Planungsnachteil, das Umgekehrte das es auch geben kann, führen zur Entschädigungspflicht im Rahmen der Bestimmungen über die Enteignung. Also ist es eigentlich nur logisch, dass erhebliche Planungsvorteile zu einer Abgabepflicht führen, das die allgemeinen Hinweise. Aus diesem Grund sind wir grundsätzlich bereit, dass wir diese Form von einer Mehrwertabgabe näher überprüfen, allerdings nicht in der fix verbindlichen Form der Motion, sondern als Postulat, sofern der Motionär bereit ist, das umzuwandeln in ein Postulat.

Warum nur ein Postulat und nicht die Motion? Weil ich ja vorher gesagt habe, die Mehrwertabgabe sei eigentlich etwas Sinnvolles. Hier verweise ich auf die Antwort von Gemeinderat Philipp Schoch, die ich so erwartet habe. Die bereits angesprochene Rechtsstaatlichkeit und Fairness für alle Beteiligten, sprechen nicht für Hauruckübungen. Es macht Sinn, die nächsten Schritte vom Kanton abzuwarten, so dass das Prattler Reglement im Unterschied zum Münchensteiner Reglement immerhin das kantonale und das Bundesrecht erfüllt. Wenn es das nämlich nicht macht, diesen Kampf könnte man schon wagen, aber was sicher ist, es dauern dann ganz langwierige, jahrelange Rechtsstreitigkeiten, was Münchenstein jetzt erlebt hat. Wenn wir hier noch einige Jahre warten müssten, mit dem wäre eben niemandem gedient. Also sind auch unsere, nicht nur der Gemeinderat, sondern auch unsere Landräte, unsere Prattler Landräte, da gibt es ein paar hier drin, sind eingeladen hier Druck zu machen, sofern da auf Kantonsebene zu wenig schnell etwas passiert. Auch bei einem Postulat ist der Gemeinderat klar aufgefordert, Druck auf den Kanton zu machen und seine Prüfung raschmöglichst vorzunehmen, damit wir als Einwohnerrat nach der Prüfung wissen, was für weitere Schritte sinnvoll sein können. Wenn wir später ein Reglement erarbeiten, können wir zum Beispiel auch vorsehen, was dort drin sein soll und was nicht. Es kann ja nicht darum gehen und ich glaube, das ist in niemandes Sinn, bei jedem Einfamilienhausumbau eine Mehrwertabgabe verlangen zu wollen. Quartierpläne stehen hier im Zentrum von dieser Anwendung.

Zum Schluss fasse ich das Ergebnis von unserem Abstimmungsverhalten der FDP-CVP-Fraktion wie folgt zusammen: Wenn der Vorstoss als Postulat überwiesen wird, stimmt eine Mehrheit aus unserer Fraktion zu. Wird an der Motion festgehalten, stimmt eine Mehrheit aus unserer Fraktion dagegen.

Sebastian Enders: Ich danke meinem Vorredner für die ausführlichen Erläuterungen. Wir würden uns dem eigentlich gerne anschliessen, dass man das Ganze als Postulat überweist. Was noch keiner gesagt hat, ist, dass wir eigentlich mit einer Mehrwertabgabe einen fixen Ansatz haben und mit einer individuellen Verhandlung mit den jeweiligen Projekten vielleicht teilweise sogar noch mehr herausholen würden. Auch aus Grund der Hängigkeit beim Kanton, würden wir uns dem Vorschlag zur Überweisung mit einem Postulat dem Ganzen anschliessen.

Christine Weiss: Eine Mehrwertabgabe auf Land und Aufzonungen ist dringend notwendig, vor allem in Pratteln, wo jetzt wirklich viele Überbauungen vor der Realisation stehen. Munchenstein hat es vorgemacht, Liestal hat letzte Woche nachgezogen und ich denke schon, dass wir die nächsten sein sollten. Wir sollten nicht warten, bis der Kanton endlich seine gesetzlichen Grundlagen anpasst. Die Zeit drängt einfach für Pratteln und ich finde auch, dass wir den Druck damit erhöhen können. Sonst könnten wir eventuell von Bredella, Zentrale und Rohner nicht mehr profitieren oder eben nicht so stark, wie es mit den Verhandlungen möglich wäre. Wir brauchen das Geld, denn die Infrastrukturkosten werden immens sein. Infrastrukturbeiträge, welche beim Erstellen von Quartierplänen mit den Investoren ausgehandelt werden, die reichen nicht. Es braucht eine Mehrwertabgabe mit einem fixen Satz und mehr Planungssicherheit für die Gemeinde Pratteln. Dann müsste der Gemeinderat auch nicht mehr um jeden Franken betteln und auf Grosszügigkeit von den Investoren hoffen. Diese haben einen Mehrwert in Millionenhöhe und wir haben das Recht auf einen Teil von dem Geld. Denn wir bezahlen und vor allem unterhalten die Infrastruktur, welche es für die Überbauungen braucht. Die SP-Fraktion ist für erheblich erklären von der Motion.

GR Philipp Schoch: Ganz kurz zur Klärung: Wir haben die Zentrale, Bredella und Blözenmatt fertig verhandelt, offen ist noch Rohner.

Klar haben wir jetzt gerade ein paar Sachen im Petto, die gerade am Laufen sind, aber wir waren nicht untätig. Ich kann euch versichern, die Infrastrukturabgaben, die wir im Moment erheben, das ist kein schlechter Deal für die Gemeinde Pratteln. Das bringt der Gemeinde sehr viel und wir waren sehr erfolgreich mit den Verhandlungen. Die Investoren kennen die Gesetzeslage auch und sie kennen auch den Bundesgerichtsentscheid und sie sind sehr vorsichtig. Wir nützen das natürlich auch ein bisschen aus, das ist so. Wir können dort den Spielraum ausnützen und das funktioniert eigentlich recht gut. Es ist nicht so, dass wir in einem völligen Vakuum wären und irgendwie gar nicht verhandeln können. Wie gesagt, wir haben jetzt gerade drei Verhandlungen sehr erfolgreich geführt. Das läuft eigentlich jetzt relativ gut. Aber klar, es braucht natürlich eine Gesetzesgrundlage, um das absolut wasserdicht und auch transparent für alle zu haben. Das ist man als öffentliche Hand den Investoren auch schuldig.

Emil Job: Ich möchte dem Gemeinderat noch eine Kleinigkeit mitgeben: Da ja die Mehrwertabgabe, wie ich annehme, nicht nur beim Quartierplan gilt, sondern auch bei Umzonungen, würde ich in diesem Zusammenhang ihm und auch den Landräten mitgeben, dass man vielleicht schaut, dass wenn eine Umzonung stattfindet und die Mehrwertabgaben abgeschöpft werden, dass bei einer Rückzonung eine Haftung auf maximal der Mehrwertabgabe festgelegt wird, so dass nicht mehr mit Millionenbeträgen in Rückzonungssachen angedroht werden kann.

Paul Dalcher: Ich wehre mich nicht grundsätzlich gegen so eine Planungsmehrwertabgabe, aber habe doch einige Bedenken. Einerseits fände ich es sinnvoller, man würde so Infrastrukturbeiträge weiterhin einfordern und mit klaren Richtlinien. Der qualitative Mehrwert ist eben auch sehr wichtig und zwar sollte der Mehrwert sichtbar sein auf dem Objekt, auf dem Bauobjekt, welche die Investoren machen müssen. Es kann nicht einfach nur sein, Geld einzukassieren, egal wie sie das machen, da hat man auch ein bisschen gesündigt in der Vergangenheit. Qualität ist, welche für Lebensqualität zeugt. Dann hat es einmal geheissen beim Helvetiatower, das gibt ein neues Zentrum. Ja, was ist ein Zentrum dort? Zwei Ärzte, eine riesen Betonplatte für Parkplätze oder nicht einmal für Parkplätze etc., qualitativ gleich null. Da müssen wir doch einfach schauen, Verbesserungen vor Ort zu machen mit den Investoren. Jetzt noch vielleicht an die linke Ratshälfte: Glaubt ja nicht, dass, wenn ein Investor Mehrwertabgabe leisten muss, dass er das aus seiner Tasche bezahlt. Das wird überwältigt an die Mieterinnen und Mieter von diesen Wohnungen, die schenken das Niemandem. Und gerade sie, die sich bezahlbare Wohnungsmieten auf die Fahne schreiben, müssen das schon einmal bedenken. Dem Investor ist das im Prinzip gleich, der wohnt ja gar nicht in Pratteln, der ist in Zürich, Luzern oder in Weissrussland oder weiss ich wo. Aber wir müssen doch schauen, dass wir hier qualitativ, gute Verbesserungen anbringen.

Benedikt Schmidt: Ich möchte diese Motion als Motion beibehalten, weil ich einen verbindlichen Auftrag will und nicht nur prüfen und berichten. Das ist mir zu schwach.

Abstimmung zur Erheblichkeit

://: Die Motion wird mit 20 Ja- zu 15 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen für erheblich erklärt.

18. Nr. 3265

Postulat, SVP, Simone Schaub, Kostenangaben zu Vorstössen des Einwohnerrates

GR Christine Gogel: In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit halte ich mich jetzt kurz. Der Gemeinderat würde dieses Postulat entgegennehmen und sich mit diesem Thema auseinandersetzen. Es gibt wahrscheinlich ein wenig Schwierigkeiten, so wie Simone Schaub es möchte, plausibel und realistisch, das wird nicht immer möglich sein. Es kommt dann auch noch ein bisschen darauf an, wie viele Gutachten oder Abklärungen es braucht, aber prinzipiell schauen wir das sicher an und würden dann wieder berichten hier drin. Wir kennen das auch bereits schon beim Gemeinderat. Wann immer es möglich ist, haben wir in den Beschlüssen ein Preisschild drin, das gehört eigentlich fast dazu.

Simone Schaub: Ich danke Gemeinderätin Christine Gogel für das kurze Statement. Ich würde mich natürlich freuen, wenn der Rat das auch überweisen würde. Erstens einmal können wir damit sicher auch mehr Verantwortung übernehmen. Was ich gemeint habe mit realistisch, darum habe ich das auch fett gemacht, ist, wenn jetzt etwas überwiesen wird, das vielleicht nicht wahnsinnig beliebt ist, dass man dann nicht einfach ein Preisschild hinmacht, welches übertrieben ist, dass es nicht überwiesen wird. Das meine ich damit, einfach so als kleiner Hinweis. Wir wollen hier nicht irgendwie etwas damit verhindern, sondern wir wollen etwas Klarheit schaffen und wir wollen, dass auch derjenige, welcher einen Vorstoss bringt, entsprechend Verantwortung übernimmt, was für Kosten in Zukunft am Schluss wieder auf uns alle zurückkommen könnten.

Silvio Fareri: Die FDP-CVP-Fraktion unterstützt das Postulat, wie die Vorrednerin bereits erwähnt hat. Es geht einerseits darum, eine gute Grundlage zu schaffen, um zukünftige Vorstösse, welche finanzielle Auswirkungen haben, auch entsprechend einzuschätzen zu können.

Gerold Stadler: Ich persönlich bin ein bisschen skeptisch bei diesem Vorstoss. Was heisst denn realistische, plausible Kosten? Ich verstehe das schon, aber wie können wir als Einwohnerrat nachher kontrollieren, ob das so stimmen wird, also wir bekommen die Zahlen vorge-setzt. Ich will ja niemandem etwas böses unterstellen, aber es ist dann halt doch möglich. Es öffnet ein bisschen Tür und Tor. Man kann über die Zahl, über eine nackte Zahl, das Geschäft etwas steuern.

Prinzipiell finde ich die Idee eigentlich gut, wie Simone Schaub gesagt hat, wir auch sehen, was man für Kosten verursacht. Umgekehrt wäre es ja auch schön zu wissen, was ist denn der Nutzen. Du hast das, glaube ich, auch geschrieben oder, dass man auch sieht, wenn es Kosten spart. Das ist ja eigentlich auch gut so in diesem Sinne. Ich bin einfach ein bisschen skeptisch, dass dann irgendwann einmal eine nackte Zahl, ein Killerargumente dafür oder dagegen wird oder eher dann wahrscheinlich dagegen. Das finde ich dann eigentlich schade, weil es politische Geschäfte sind und die kosten halt nun mal. Es ist mir schon klar, dass man auf die Kosten schauen muss. Da will ich gar nichts dagegen sagen aber.... Ich habe einfach Bedenken, dass das ein Killerargument wird oder werden kann gegen irgendwelche Vorstösse. Darum bin ich sehr skeptisch. Eine Frage habe ich noch: Wie genau sind solche Schätzungen? Kann man so im Voraus schon bei so einer Überweisung sagen, das wird so viel kosten? Auch das generiert wieder Arbeit, die kostet. Ja, ich bin nicht zu 100 Prozent dagegen, aber ich kann mich auch nicht wirklich damit anfreunden.

Kurt Lanz: Wir haben über dieses Geschäft halt auch geredet in unserer Fraktion und eine Frage ist aufgetaucht: Wie viel Aufwand gibt es dann überhaupt, herauszufinden, was das kostet, weil schon bereits dieser Aufwand auch kostet. Wenn wir hier Vergleiche machen mit dem Kanton Aargau und der Gemeinde Pratteln, dann haben wir eine Flughöhe, wo ich denke, dass diese irgendwie nicht verhältnismässig ist. Die gleiche Flughöhe ist übrigens vorher von der gleichen Fraktion angewendet worden, als man nicht über die Transparenz reden wollte.

Dann ist es ja so, dass der Gemeinderat, wenn es um viel Geld geht, das per Se jetzt schon sagt. Also der Gemeinderat, wenn er das Gefühl hat, es kostet irgendetwas zu viel, dann sagt er das jetzt schon und hält so quasi wie den Mahnfinger auf. Aus diesem Grund möchten wir eigentlich den Vorstoss nicht überweisen.

Simone Schaub: Danke für alle Inputs. Schaut es doch vielleicht einfach als zusätzlicher Punkt für oder gegen ein Geschäft an. Im Moment machen wir Blindflug, wenn wir schon bei der Flughöhe sind. Wir sagen ja, das tönt gut, das machen wir mal. Aber vorher haben wir natürlich von Spenden geredet. CHF 400, CHF 500 aber nicht CHF 100'000, CHF 150'000, CHF 200'000 oder eine Million. Selbstverständlich gibt jetzt der Gemeinderat bereits Bescheid, wenn es sich um riesige Summen handelt, das ist logisch. Aber nehmt doch eure Verantwortung auch schon in der kleineren Flughöhe wahr. Das gilt auch für uns. Auch wir bringen Vorstösse, welche Geld kosten. Aber man sollte doch immerhin eine Ahnung haben, was man verursacht, wenn man einfach etwas überweist Und nochmals, nehmt es als zusätzlichen Input, dass ihr auch wisst, über was wir hier eigentlich reden.

Abstimmung zur Überweisung

://: Das Postulat wird mit 20 Ja- zu 15 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen an den Gemeinderat überwiesen.

19. Nr. 496

Fragestunde

Es sind keine Fragen eingegangen.

Geschäfte Nr. 3266, 3268, 3270, 3271, 3273, 3274 und 3275, nicht behandelt.

Die Sitzung wird um 22.00 Uhr beendet.

Pratteln, 25. Mai 2021

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident

Das Einwohnerratssekretariat

Urs Baumann

Ulrike Schmid